

# ZWEITES KAPITEL

## Konjunktur in Deutschland: Aufschwung ist angelegt

- I. Konjunktur in Deutschland: Aufschwung ist angelegt
  - 1. Zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland
  - 2. Rahmenbedingungen und Annahmen der Prognose
  - 3. Die Entwicklung im Einzelnen

Literatur

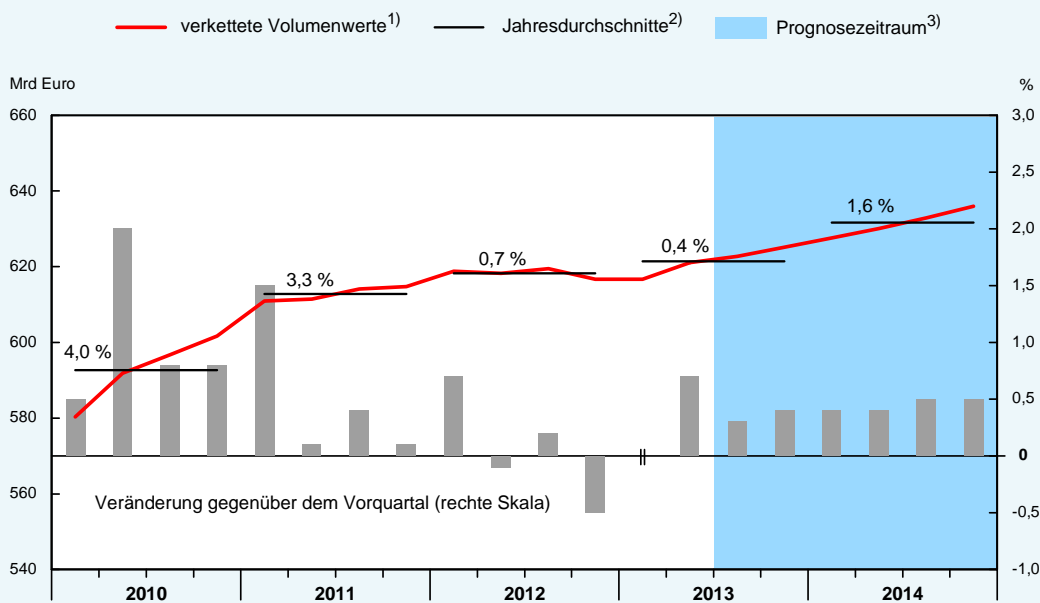
### Das Wichtigste in Kürze

In Deutschland wird der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2013 der Prognose des Sachverständigenrates zufolge 0,4 % betragen. Somit dürfte das zweite Jahr in Folge ein Zuwachs unterhalb des Potenzialwachstums zu verzeichnen sein. Die inländische Verwendung entwickelt sich im Zuge einer anziehenden Investitionstätigkeit etwas besser als im Vorjahr. Die Talsohle bei den Ausrüstungsinvestitionen könnte durchschritten sein. Nach einer wirtschaftlichen Schwächephase im Winterhalbjahr 2012/13 beschleunigte sich die Konjunktur in der ersten Jahreshälfte. Eine Reihe von Indikatoren deutet auf eine Verstetigung des Aufschwungs hin, so dass sich in der zweiten Jahreshälfte 2013 ein weiterer nennenswerter Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts ergeben dürfte.

Im Jahr 2014 wird sich die Lage aller Voraussicht nach weiter aufhellen. Die erwartete Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts beträgt 1,6 %, wobei stützende Nachfrageimpulse in erster Linie aus dem Inland kommen und vor allem bei den Ausrüstungsinvestitionen deutliche Zuwächse erwartet werden. Der prognostizierte Beschäftigungsstand verbleibt auf einem hohen Niveau, und die Stabilität des Preisniveaus wird aller Voraussicht nach im kommenden Jahr gewährleistet sein. Der Staat wird voraussichtlich einen positiven Finanzierungssaldo aufweisen.

Schaubild 24

#### Voraussichtliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland



1) Verkettete Volumenwerte (Referenzjahr 2005), saison- und kalenderbereinigt.– 2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.– 3) Prognose des Sachverständigenrates.

Daten zum Schaubild

## I. Konjunktur in Deutschland: Aufschwung ist angelegt

**112.** Die Voraussetzungen für einen binnenwirtschaftlich getragenen Aufschwung sind schon über einen längeren Zeitraum hinweg gegeben. In den beiden vergangenen Jahren kam es jedoch wiederholt zu nicht prognostizierbaren, krisenhaften Zuspitzungen, insbesondere im Euro-Raum, die ein Verschieben und teilweise völliges Erlahmen der Antriebskräfte nach sich zogen. Dies hat sich vor allem bei den Ausrüstungsinvestitionen bemerkbar gemacht. Trotz ungewöhnlich günstiger Finanzierungsbedingungen bewegt sich die Investitionstätigkeit noch immer auf einem sehr niedrigen Niveau.

Im Hinblick auf die Krise im Euro-Raum ist bereits seit dem Herbst 2012 eine Beruhigung festzustellen. Jetzt verdichten sich die Anzeichen für einen binnenwirtschaftlich getragenen Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft, zu dem neben der anhaltend robusten Konsumentwicklung die Belebung der Anlageinvestitionen beitragen wird.

### 1. Zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland

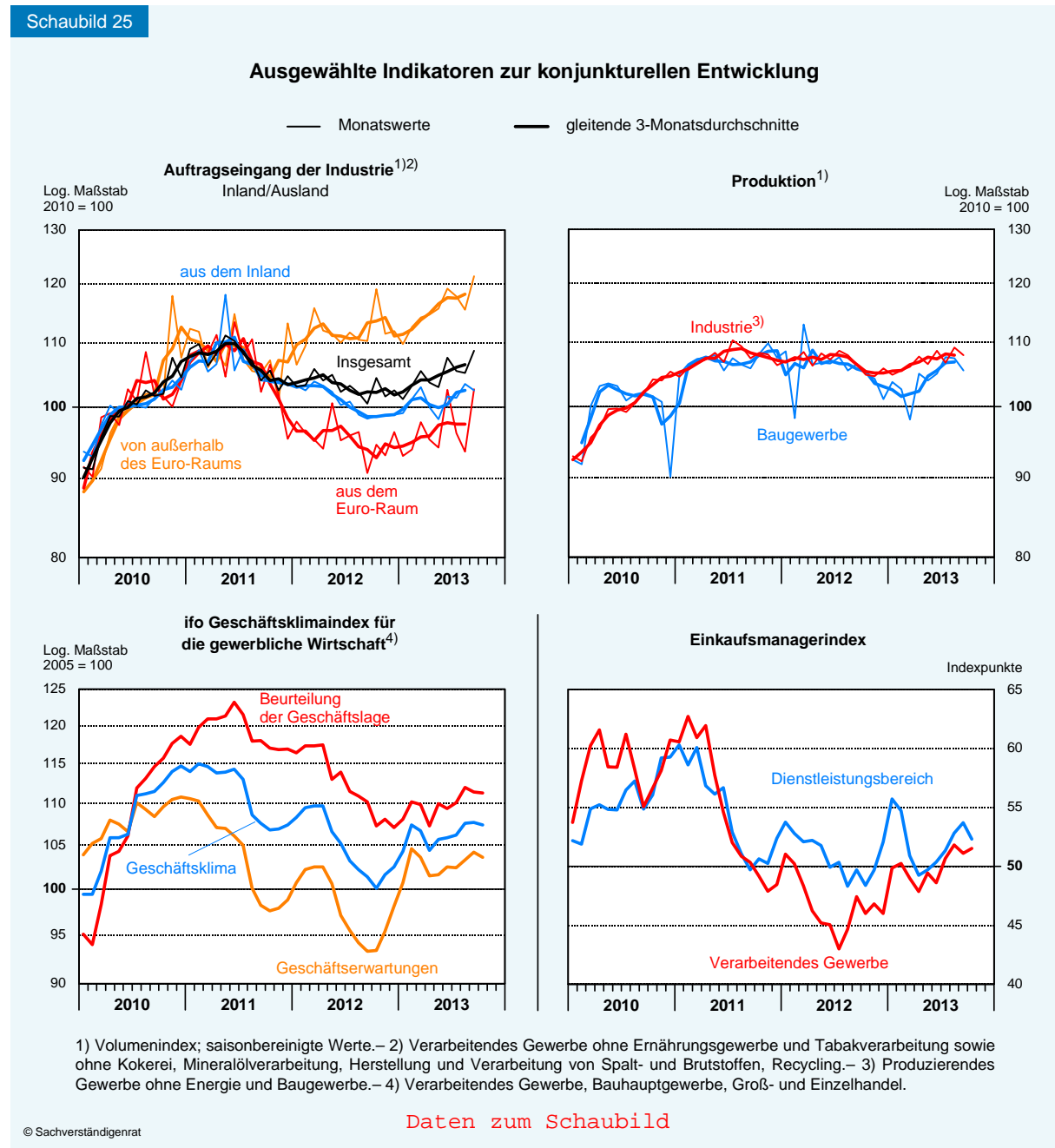
**113.** Die Konjunktur in Deutschland ist im Herbst 2013 moderat aufwärts gerichtet. Das Winterhalbjahr 2012/13 hatte mit einer außenwirtschaftlichen Schwäche begonnen, die erst im Frühjahr 2013 ihr Ende fand (Ziffer 39). Die Bauwirtschaft wurde zudem mehr als sonst von der Witterung beeinträchtigt, sodass es zu Produktionsausfällen kam. Diese beiden Aspekte überlagerten die zu **Jahresbeginn** bereits wieder positive Grundtendenz der Konjunktur, und das Bruttoinlandsprodukt stagnierte im ersten Vierteljahr trotz des Zuwachses der Konsumausgaben lediglich auf dem schwachen Vorquartalsniveau. Nur allmählich konnten neben der sich bessernden Unternehmensstimmung ansteigende realwirtschaftliche Indikatoren beobachtet werden, was im zweiten Quartal – durch Auf- und Nachholeffekte wohl etwas überzeichnet – zu einem deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts führte (0,7 %).

**114.** Die **realwirtschaftlichen Konjunkturindikatoren** zeichnen aktuell ein verhalten positives Bild für die zweite Jahreshälfte 2013. Die Industrieproduktion nahm im bisherigen Jahresverlauf leicht zu, die Produktion im Baugewerbe stieg deutlich. Beide Indikatoren befinden sich zur Jahresmitte dennoch nur leicht über dem Vorjahresstand (Schaubild 25). Die deutschen Industrieunternehmen verzeichneten zudem einen Anstieg der Auftragseingänge. Dieser ging zuletzt wieder vermehrt auf die inländische Nachfrage zurück, wenngleich im Gegensatz zu den beiden Vorjahren das Ordervolumen aus dem Euro-Raum ebenfalls wieder einen leicht positiven Trend aufweist.

**115.** Die **umfragebasierten Indikatoren** signalisieren zum Jahresende 2013 ein leichtes Anziehen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Die Stimmung und Erwartungen der Unternehmen haben sich bereits in den vergangenen Monaten gebessert. Der ifo Geschäftsklimaindex ging im Oktober 2013 leicht zurück, nachdem er sich jedoch zuvor fünf Monate in Folge verbessert hatte. Sowohl die Geschäftserwartungen, die sich mittlerweile auf dem zweithöchsten Stand seit zwei Jahren befinden, als auch die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage haben sich in diesem Zeitraum positiv entwickelt. Dieses Bild bestätigen die Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor. Außerdem hat sich

die Stimmung der Exportindustrie weiter verbessert: Gemäß der Herbst-Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) nahmen die Exporterwartungen gegenüber den vorherigen Umfragen zu.

Schaubild 25



**116.** Die positiven Erwartungen der Exportindustrie stehen im Einklang mit der sich andeutenden **moderaten Belebung der Weltwirtschaft**, getragen durch die bessere konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern (Ziffern 54 ff.). Die Zuwachsraten in den Schwellenländern entwickelten sich hingegen zuletzt deutlich schwächer als im Durchschnitt der letzten Jahre, und eine baldige Rückkehr zu dieser Dynamik erscheint aktuell unwahrscheinlich (Ziffern 69 ff.). Im Gegensatz dazu ging der sechs Quartale währende Rückgang der Wirtschaftsleistung im Euro-Raum im zweiten Quartal 2013 zu Ende. Nach wie vor ist die Lage der einzelnen Länder jedoch sehr uneinheitlich. Der Verlauf der umfragebasierten Indikatoren für die

Mitgliedstaaten des Euro-Raums nährt jedoch die Hoffnung, dass die konjunkturelle Talsohle vielerorts erreicht ist. Des Weiteren zeigt sich die Konjunktur in den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich robust.

Insgesamt sind die außenwirtschaftlichen Vorzeichen für Deutschland somit etwas besser als in der jüngeren Vergangenheit, sodass zum Jahresende 2013 von einer **leicht anziehenden ausländischen Nachfrage** ausgegangen werden kann. Dann dürften die Ausfuhren, die sich im bisherigen Jahresverlauf recht schwach entwickelten und zur Jahresmitte deutlich unter dem Vorjahresniveau lagen, wieder ansteigen, sodass im Jahresdurchschnitt zumindest eine Stagnation gegenüber dem Vorjahr erreicht werden könnte.

**117.** Alles in allem zeichnen die Indikatoren ein **verhalten optimistisches Bild**. Dies bestätigt sich, wenn die verschiedenen Indikatoren für eine Kurzfristprognose verwendet werden. Sie lässt aktuell Quartalszuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts – in realer, saisonbereinigter Rechnung – von 0,3 % im dritten Quartal und 0,4 % im vierten Quartal 2013 erwarten.

**118.** Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Kurzfristprognose rechnet der Sachverständigenrat mit einer jahresdurchschnittlichen **Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2013** von lediglich 0,4 % (Tabelle 6). In der im März veröffentlichten Konjunktur-

Tabelle 6

## Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland

	Einheit	2011	2012	2013 <sup>1)</sup>	2014 <sup>1)</sup>
Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup> .....	%	3,3	0,7	0,4	1,6
Konsumausgaben .....	%	2,0	0,8	1,0	1,3
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup> .....	%	2,3	0,8	1,0	1,4
Konsumausgaben des Staates .....	%	1,0	1,0	0,9	1,1
Ausrüstungsinvestitionen .....	%	5,8	- 4,0	- 2,6	6,2
Bauinvestitionen .....	%	7,8	- 1,4	- 0,2	4,1
Inländische Verwendung .....	%	2,8	- 0,3	0,8	2,0
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten)		0,7	0,9	- 0,3	- 0,2
Exporte .....	%	8,0	3,2	0,2	5,2
Importe .....	%	7,4	1,4	1,0	6,3
Erwerbstätige .....	Tausend	41 152	41 608	41 860	42 109
Registriert Arbeitslose <sup>4)</sup> .....	Tausend	2 976	2 897	2 954	2 950
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>4)</sup> .....	Tausend	28 440	28 991	29 367	29 679
Arbeitslosenquote <sup>4)5)</sup> .....	%	7,1	6,8	6,9	6,8
Verbraucherpreise <sup>6)</sup> .....	%	2,1	2,0	1,5	1,9
Finanzierungssaldo des Staates <sup>7)</sup> .....	%	- 0,8	0,1	0,1	0,0

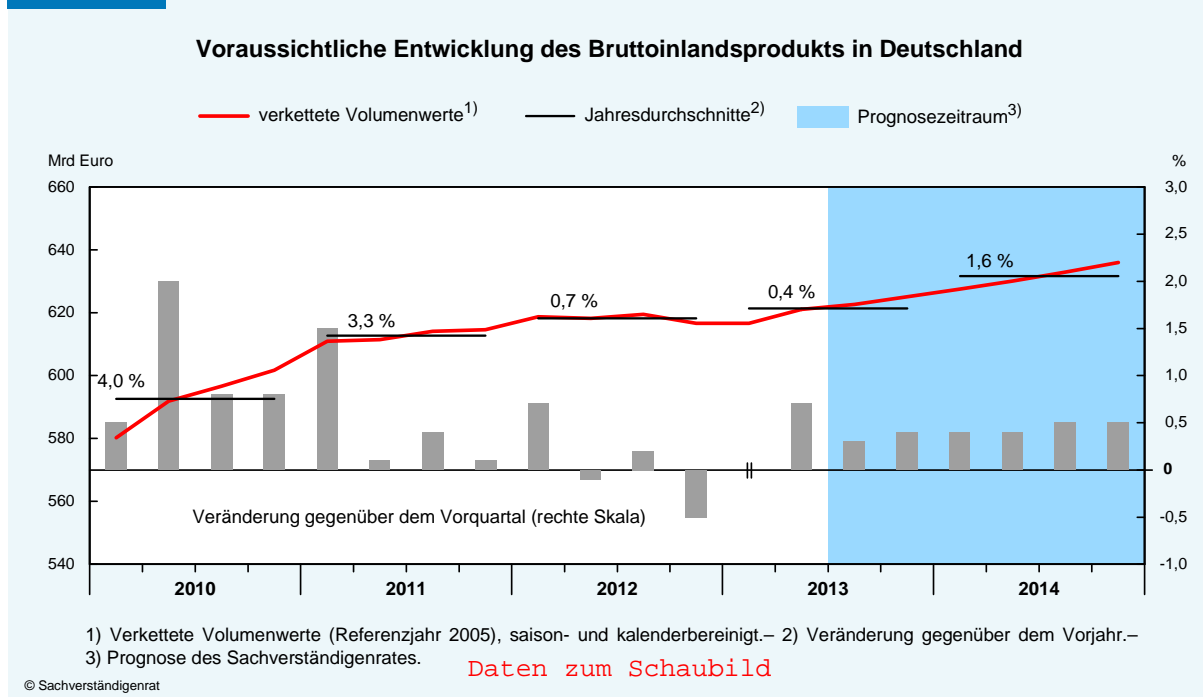
1) Prognose des Sachverständigenrates.– 2) Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Gilt auch für alle angegebenen Bestandteile des Bruttoinlandsprodukts.– 3) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.– 4) Für die Jahre 2011 und 2012 Quelle: BA.– 5) Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen.– 6) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.– 7) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Daten zur Tabelle

prognose des Sachverständigenrates wurde bereits eine bescheidene Zuwachsrate von 0,3 % prognostiziert, sodass die vorgenommene Korrektur der Prognose sehr moderat ausfällt. Im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten des Euro-Raums ist dies zwar eine solide Entwicklung, doch gemessen am Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft ist der Zuwachs als eher niedrig einzuschätzen.

**119.** Unter den für diese Prognose getroffenen Annahmen legt das Expansionstempo im nächsten Jahr leicht zu. Insgesamt wird für das Jahr 2014 eine jahresdurchschnittliche **Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts** von 1,6 % erwartet (Schaubild 26). Das anhand historischer Prognosefehler kalibrierte 68 %-Konfidenzintervall liegt zwischen 0,1 % und 3,1 % (Kasten 5). Die konjunkturelle Erholung im Prognosezeitraum dürfte binnenwirtschaftlich getragen sein. Dafür sprechen die vorliegenden Indikatoren sowie die günstigen Fundamentalfaktoren, wie etwa das niedrige Zinsniveau. Diese Entwicklung hat sich seit der ersten Jahreshälfte 2013 angedeutet, in der die wesentlichen Wachstumsbeiträge bereits von den binnenwirtschaftlichen Komponenten gekommen waren.

Schaubild 26



Kasten 5

### Evaluation der Prognosen des Sachverständigenrates

Konjunkturprognosen stehen häufig im Fokus der medialen Berichterstattung. Dabei ist die Prognosegüte immer wieder Anlass für kontroverse Diskussionen, in denen Konjunkturprognosen generell infrage gestellt werden und – aus diesem Grund – die Verlässlichkeit wirtschaftspolitischer Empfehlungen allgemein bezweifelt wird. Der Sachverständigenrat wies bereits in seinem ersten Jahresgutachten 1964 darauf hin, dass eine Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stets mit hoher Unsicherheit verbunden ist, die mit zunehmendem Prognosehorizont tendenziell größer wird. So sei eine veröffentlichte Prognose „eine Projektion, der wir zwar eine größere Wahrscheinlichkeit beimessen als allen anderen, aber sie braucht noch nicht einmal

eine hohe Wahrscheinlichkeit zu besitzen“ (JG 1964 Ziffer 217). Aufgrund der vielfältigen Zufallseinflüsse, denen unser Prognosegegenstand unterliegt, ist diese Aussage nach wie vor uneingeschränkt gültig: Der künftige Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Aktivität wird sich nie mit völliger Sicherheit „berechnen“ lassen, gesamtwirtschaftliche Prognosen werden immer Aussagen über wahrscheinliche Verläufe bleiben.

Dies wird umso deutlicher, wenn man bedenkt, dass die Prognosen auf einer Datenbasis aufsetzen, die ebenfalls zum Teil nur geschätzt ist. So basieren die Ergebnisse der ersten Berechnung des Bruttoinlandsprodukts eines Quartals durch das Statistische Bundesamt auf einer vergleichsweise unvollständigen Datengrundlage. Dies ist angesichts des öffentlichen Interesses an frühzeitig verfügbaren, aktuellen Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung notwendig, führt aber im Zeitverlauf aufgrund der Komplexität der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts zu teilweise deutlichen Revisionen. Die vorläufigen Ergebnisse werden zu den nachfolgenden Veröffentlichungsterminen unter Einbeziehung zusätzlicher Daten schrittweise aktualisiert. Der damit einhergehende durchschnittliche absolute Korrekturbedarf der Wachstumsrate zwischen der ersten Berechnung und dem endgültigen Quartalsergebnis im Vorjahresvergleich beträgt etwa einen halben Prozentpunkt (Tabelle 7). Dies entspricht einem im internationalen Vergleich üblichen Revisionsbedarf (McKenzie und Adam, 2007). Eine noch schnellere und umfangreichere Bereitstellung der Daten an das Statistische Bundesamt könnte zwar den Revisionsbedarf tendenziell reduzieren, wäre aber mit erheblichen (bürokratischen) Belastungen der Auskunftspflichtigen und zusätzlichen Kosten verbunden.

Tabelle 7

#### Umfang des Revisionsbedarfs des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland<sup>1)</sup>

	Revisionsbedarf ...				
	nach erster Quartals- überar- beitung	nach erster Jahres- überar- beitung	nach zweiter Jahres- überar- beitung	nach dritter Jahres- überar- beitung	nach vierter (finaler) Jah- resüberar- beitung
Beobachtungsperiode .....	1/1999 - 4/2012	1/1999 - 4/2012	1/1999 - 4/2011	1/1999 - 4/2010	1/1999 - 4/2009
Anzahl der Beobachtungen .....	56	56	52	48	44
mittlere Revision <sup>2)</sup> .....	+ 0,03	+ 0,13	+ 0,13	+ 0,12	+ 0,19
mittlere absolute Revision <sup>3)</sup> .....	0,12	0,22	0,37	0,41	0,51
Root Mean Squared Revision <sup>4)</sup> .....	0,16	0,31	0,47	0,52	0,62

1) Bezogen auf die jeweiligen Veränderungsrate des vierteljährlichen realen Bruttoinlandsprodukts (verkettet, Basis 2005 = 100) gegenüber dem Vorjahr zu den unterschiedlichen Berechnungsterminen.– 2) Zeigt die durchschnittlich zu erwartenden Abweichungen nach oben oder unten.– 3) Zeigt die durchschnittlich zu erwartenden absoluten Abweichungen.– 4) Wurzel der durchschnittlichen quadratischen Revision.

[Daten zur Tabelle](#)

Um die unvermeidliche Unsicherheit des Prognoseprozesses zu verdeutlichen, wird im Folgenden die Prognosequalität des Sachverständigenrates mit der anderer nationaler und internationaler Institutionen verglichen.<sup>1</sup> Die Gegenüberstellung umfasst die Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Europäischen Kommission, der Gemeinschaftsdiagnose sowie des Sachverständigenrates für den Zeitraum der Jahre 1991 bis 2012. Die betrachteten Prognosen beziehen sich

<sup>1</sup> Die der Untersuchung zugrunde liegenden Daten sind auf der Webseite des Sachverständigenrates abrufbar.

immer auf das kommende Jahr und wurden jeweils im Herbst veröffentlicht. Der IWF und die Gemeinschaftsdiagnose publizieren ihre Projektionen bereits im September beziehungsweise Oktober, die anderen Institutionen meist im November. Für die Prognosequalität wird der Prognosefehler eines jeden Jahres betrachtet, definiert als Differenz aus dem Prognosewert und dem Wert der Erstveröffentlichung des Bruttoinlandsprodukts. Letzterer wird vom Statistischen Bundesamt als Schnellschätzung im Januar des Folgejahres veröffentlicht.

Es zeigt sich, dass alle Institutionen im Durchschnitt über den betrachteten Zeitraum einen positiven Prognosefehler aufweisen, also im Durchschnitt zu optimistische Prognosen abgegeben haben (Tabelle 8). Hierbei weist der Sachverständigenrat mit einem mittleren Fehler von 0,36 Prozentpunkten hinter der Europäischen Kommission und der OECD die geringste Verzerrung der Prognosen auf. Die Verzerrung ist statistisch aber nicht signifikant von Null verschieden. Betrachtet man den mittleren absoluten Fehler, so weist der Sachverständigenrat mit einem Wert von etwa einem Prozentpunkt im Vergleich den geringsten Fehler auf. Die aufgrund der Zufallseinflüsse auf den Prognosegegenstand unvermeidlichen Fehleinschätzungen über die künftige Entwicklung liegen demnach in der Größenordnung lediglich beim Doppelten des Revisionsbedarfs der Grunddaten. Die unterschiedliche Prognosegüte der einzelnen Institutionen kann zum Großteil mit den unterschiedlichen Veröffentlichungsterminen erklärt werden (Döhrn und Schmidt, 2011). Die Qualität der Prognosearbeit fällt demnach in keiner dieser Institutionen sichtbar hinter derjenigen der anderen zurück.

Tabelle 8

### Zur Genauigkeit ausgewählter Herbst-Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt<sup>1)</sup>

Prognosen für das jeweils folgende Jahr, 1991 bis 2012

Institution	IWF	Gemeinschaftsdiagnose	Europäische Kommission	OECD	Sachverständigenrat
	Veröffentlichungsmonat				
	September	Oktober	November		
mittlerer Fehler .....	0,59	0,45	0,32	0,35	0,36
mittlerer absoluter Fehler .....	1,30	1,13	1,10	1,06	1,01
Root Mean Squared Error <sup>2)</sup> .....	1,91	1,61	1,57	1,43	1,53
Theilscher Ungleichheitskoeffizient					
(1) bei Annahme eines unveränderten BIP-Niveaus .....	0,82	0,69	0,68	0,62	0,66
(2) bei Annahme eines unveränderten Zuwachses des BIP .....	0,68	0,57	0,56	0,51	0,54

1) Eigene Berechnungen. Bis 1994 werden Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt in Westdeutschland, danach für Deutschland insgesamt betrachtet.– 2) Wurzel des mittleren quadratischen Fehlers.

Quellen: Europäische Kommission, Gemeinschaftsdiagnose, IWF, OECD  
[Daten zur Tabelle](#)

Vergleicht man die Prognosegüte der einzelnen Institutionen mit naiven Prognosen – übliche Varianten sind die Fortschreibung der letzten Beobachtung mit der Wachstumsrate des laufenden Jahres oder die Annahme eines unveränderten Niveaus des Bruttoinlandsprodukts, also eine Zuwachsrate von null Prozent, – so zeigt sich, dass die Prognosen aller Institutionen wesentlich besser abschneiden. Als Maß hierfür kann man den Theilschen Ungleichheitskoeffizienten verwenden.<sup>2</sup> Dieser setzt die Varianz der Prognosefehler (RMSE) ins Verhältnis zur Varianz eines

<sup>2</sup> Ein Überblick über verschiedene Maße findet sich beispielsweise bei Osterloh (2008).



Alternativmodells. Es zeigt sich, dass die Prognosen des Sachverständigenrates um 46 % besser abschneiden als die Fortschreibung der letzten Beobachtung und um 34 % besser als bei Annahme eines unveränderten Niveaus des Bruttoinlandsprodukts. Prognosen helfen somit nachweislich, die Unsicherheit über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung deutlich zu verringern.

Um die Prognoseunsicherheit zu quantifizieren, wird neben der Punktschätzung der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts ein Konfidenzintervall angegeben. Dies ist der Bereich, der den „wahren“ Wert mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit überdeckt. Zur Konstruktion der Konfidenzbänder kann auf den RMSE zurückgegriffen werden, wobei eine Korrektur um die in der Tendenz zu optimistischen Prognosen erfolgt. Unter der Annahme normalverteilter Prognosefehler liegt das 68 %-Konfidenzintervall für die in diesem Gutachten prognostizierte Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2014 damit zwischen 0,1 % und 3,1 %, das 95 %-Konfidenzintervall zwischen -1,4 % und 4,6 %.

**120.** Zusätzlich zu den bisherigen Stützen der wirtschaftlichen Expansion – den Konsumausgaben und den Wohnungsbauinvestitionen – dürften sich im Jahr 2014 die Exporte im Zuge der konjunkturellen Erholung der Handelspartner im Euro-Raum etwas beschleunigen. Dabei gehen die erwarteten Wachstumsbeiträge der Privaten Konsumausgaben und des Wohnungsbaus maßgeblich auf die gute Lage am Arbeitsmarkt und die damit verbundenen aktuellen und zukünftig erwarteten Einkommenssteigerungen zurück. Zudem dürften die Unternehmen ihre Investitionen in Deutschland erhöhen. Einhergehend mit der **kräftigeren inländischen Nachfrage** steigen die geschätzten Importe ebenfalls deutlich an, sodass der Außenbeitrag im Jahr 2014 annähernd neutral ausfiele (Tabelle 9). Dies alles gilt jedoch nur unter dem Vorbehalt, dass es im Prognosezeitraum nicht erneut zu exogenen Schocks kommt.

Tabelle 9

**Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt nach Verwendungskomponenten<sup>1)</sup>**  
Prozentpunkte

	2008	2009	2010	2011	2012	2013 <sup>2)</sup>	2014 <sup>2)</sup>
<b>Inländische Verwendung</b> .....	<b>1,1</b>	<b>- 2,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,6</b>	<b>- 0,3</b>	<b>0,7</b>	<b>1,9</b>
Konsumausgaben .....	1,0	0,7	0,9	1,5	0,6	0,7	1,0
Private Konsumausgaben .....	0,4	0,1	0,6	1,3	0,4	0,5	0,8
Konsumausgaben des Staates .....	0,6	0,6	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Anlageinvestitionen .....	0,2	- 2,2	1,0	1,2	- 0,4	- 0,2	0,9
Ausrüstungsinvestitionen .....	0,2	- 1,8	0,7	0,4	- 0,3	- 0,2	0,4
Bauinvestitionen .....	- 0,1	- 0,3	0,3	0,7	- 0,1	- 0,0	0,4
Sonstige Anlagen .....	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1
Vorratsveränderungen .....	- 0,1	- 0,6	0,4	- 0,1	- 0,5	0,1	0,0
<b>Außenbeitrag</b> .....	<b>- 0,1</b>	<b>- 3,0</b>	<b>1,7</b>	<b>0,7</b>	<b>0,9</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,2</b>
Exporte .....	1,3	- 6,3	6,4	3,8	1,6	0,1	2,7
Importe .....	- 1,4	3,3	- 4,7	- 3,1	- 0,7	- 0,5	- 2,9
nachrichtlich:							
<b>Bruttoinlandsprodukt (in %)</b> .....	<b>1,1</b>	<b>- 5,1</b>	<b>4,0</b>	<b>3,3</b>	<b>0,7</b>	<b>0,4</b>	<b>1,6</b>

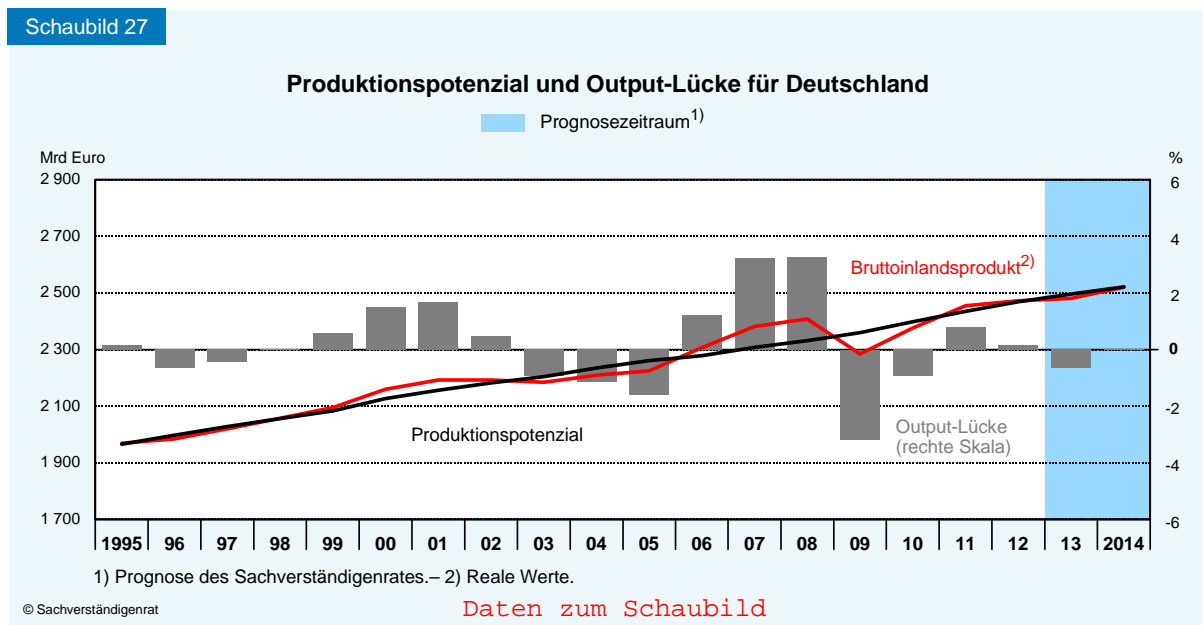
1) Reale Werte.– 2) Prognose des Sachverständigenrates.

[Daten zur Tabelle](#)

**121.** Das mit dem produktionstheoretischen Verfahren des Sachverständigenrates (JG 2007 Ziffern 703ff.) geschätzte **Produktionspotenzial** wird im Jahr 2013 um voraussichtlich 1,1 % wachsen. Bei einem stagnierenden Arbeitsvolumen leisten der Kapitalstock einen Wachstumsbeitrag von 0,4 % und die totale Faktorproduktivität einen Beitrag von 0,7 %. Der Berechnung hat der Sachverständigenrat für die Jahre 2013 und 2014 eine jährliche Nettozuwanderung von 369 000 Personen beziehungsweise 260 000 Personen zugrunde gelegt.<sup>3</sup> Ferner wurde davon ausgegangen, dass die totale Faktorproduktivität mittelfristig wieder mit einer jährlichen Rate von 0,9 % steigt. Dies entspricht dem durchschnittlichen Wachstum in den Jahren vor der Krise. Das vom Sachverständigenrat geschätzte Wachstum des Produktionspotenzials des Jahres 2014 bleibt mit 1,0 % gegenüber dem Vorjahr in etwa konstant.

**122.** Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich diesen Einschätzungen zufolge im Jahr 2013 in einer **leichten Unterauslastung** (Schaubild 27). Unter den gegebenen Rahmenbedingungen und bei der aktuellen Indikatorenlage ist jedoch davon auszugehen, dass sich im Zuge der unterstellten konjunkturellen Erholung in den kommenden Quartalen die negative Output-Lücke im Jahr 2014 schließen wird.

Schaubild 27



**123.** Die **Lage am Arbeitsmarkt** dürfte sich angesichts der Konjunkturerholung weiter bessern. Der Sachverständigenrat erwartet, dass die Beschäftigung im Jahresverlauf 2013 und im Jahr 2014 nochmals leicht ansteigen wird und die Anzahl der Arbeitslosen – nach einer leichten Zunahme im Jahr 2013 – im kommenden Jahr in etwa konstant bleiben wird. Im Jahresdurchschnitt dürfte sie sich auf 2,95 Millionen Personen belaufen. Der **Preisaufrtrieb** hatte

<sup>3</sup> Die Bevölkerungsentwicklung der vergangenen drei Jahre ist durch eine wesentlich höhere Nettozuwanderung gekennzeichnet, als dies in der aktuellen Vorausberechnung des Statistischen Bundesamts (Variante 1-W1) aus dem Jahr 2009 unterstellt wurde. Diese wies für das Jahr 2012 in der Variante 1-W1 einen Wert von 60 000 Personen aus. Tatsächlich wanderten netto 369 000 Personen zu. Dieser Wert wird auch für das Jahr 2013 unterstellt. Ab dem Jahr 2014 wird die Nettozuwanderung in den hier vorgelegten Berechnungen linear an den in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellten Wert herangeführt, sodass im Jahr 2017 der positive Wanderungssaldo wieder dem Wert von dann 100 000 Personen der Variante 1-W1 entspräche.

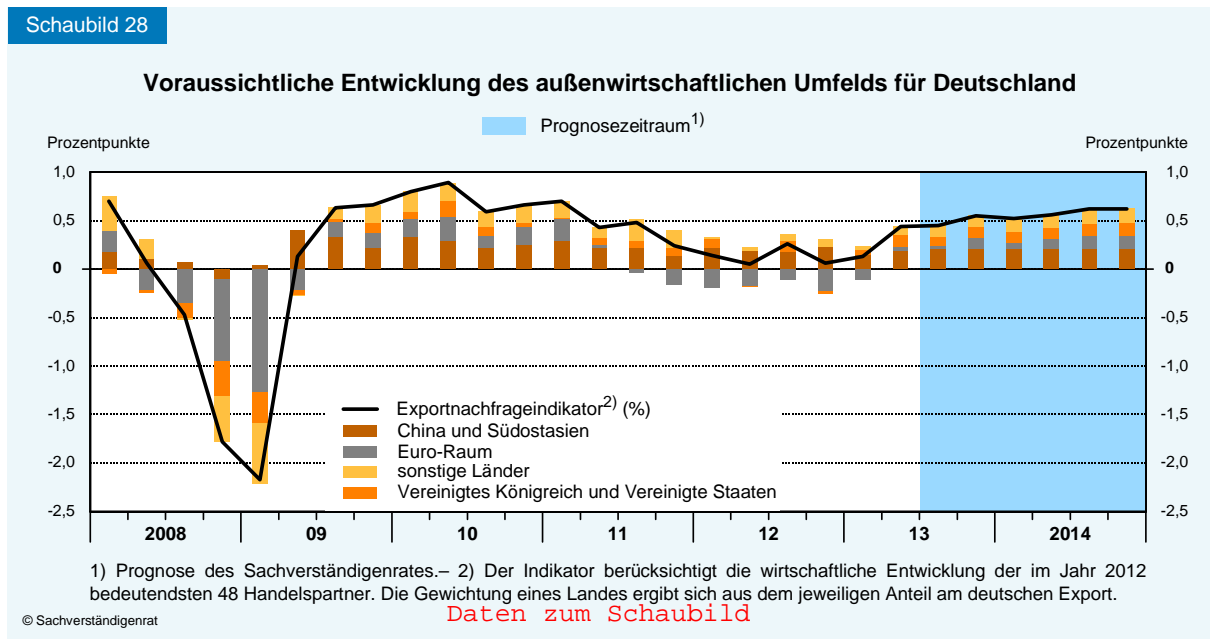
sich zeitweise etwas verstärkt und zum Herbst 2013 wieder abgeschwächt. Die geschätzte Inflationsrate des Jahres 2013 liegt trotz eines deutlichen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise bei moderaten 1,5 %. Für das kommende Jahr wird von einer etwas höheren Inflationsrate von jahresdurchschnittlich 1,9 % ausgegangen. Der **gesamstaatliche Haushalt** wird in den Jahren 2013 und 2014 voraussichtlich jeweils geringe Überschüsse von 3,8 Mrd Euro beziehungsweise 1,2 Mrd Euro ausweisen.

## 2. Rahmenbedingungen und Annahmen der Prognose

**124.** Für Deutschland, eine der handelsoffensten großen Volkswirtschaften der Welt, haben außenwirtschaftliche Entwicklungen eine immense Bedeutung für die inländische Konjunktur. Schließlich machten die Exporte (Importe) von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2012 einen Anteil von 51,8 % (45,9 %) am Bruttoinlandsprodukt aus. Das Ausmaß der deutschen Exporte hängt maßgeblich von der **wirtschaftlichen Entwicklung der Handelspartner** ab (Kasten 6). Um diese angemessen in die Berechnungen einzubeziehen, wird ein spezieller Indikator verwendet. Dieser „Exportnachfrageindikator“ berücksichtigt die wirtschaftliche Lage der im Jahr 2012 bedeutendsten 48 Handelspartner. Die Gewichtung eines Landes ergibt sich dabei aus dem jeweiligen Anteil am deutschen Export.<sup>4</sup>

Für den Prognosezeitraum wird der Indikator gemäß der Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt der einzelnen Länder fortgeschrieben (Ziffern 54 ff.). Im Zuge der konjunkturellen Beschleunigung der Weltwirtschaft steigt der Indikator im kommenden Jahr um 2,0 % und damit kräftiger als in diesem Jahr. Dabei kommen die **Nachfragezuwächse** im Vergleich zum Jahr 2013 voraussichtlich aus den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und im weiteren Verlauf vermehrt aus dem Euro-Raum (Schaubild 28).

Schaubild 28



<sup>4</sup> Die Korrelation der Veränderungsrate des Indikators mit den Veränderungsrate der saisonbereinigten Quartalszuwachsrate der Exporte von Waren beträgt 0,76.

**125.** Neben der Nachfrage ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die Exportentwicklung. Diese hat sich im Jahr 2013 gegenüber den Handelspartnern insgesamt deutlich verschlechtert. Zurückzuführen ist dieser Umstand unter anderem darauf, dass die Inflationsraten in vielen Mitgliedstaaten des Euro-Raums im bisherigen Jahresverlauf niedriger sind als in Deutschland.

Hinzu kommt, dass der Euro gegenüber verschiedenen Währungen – unter anderem gegenüber dem US-Dollar – deutlich aufgewertet hat. Im Prognoseprozess werden konstante Wechselkurse unterstellt, da Wechselkurse im Gegensatz zu den Inflationsraten modellgestützt nicht befriedigend zu prognostizieren sind (Sarno und Taylor, 2002; Meese und Rogoff, 1983). Zur Bestimmung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2014 werden die Prognosen der Verbraucherpreise in den jeweiligen Ländern herangezogen. Demnach dürfte es im kommenden Jahr zu einer **weiteren Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Volkswirtschaft kommen, insbesondere gegenüber dem restlichen Euro-Raum. In der Prognose wird davon ausgegangen, dass die Inflationsrate in Deutschland über dem Durchschnitt des Euro-Raums liegt (Ziffer 48).

#### Kasten 6

##### Prognoseannahmen im Überblick

- Mit Blick auf die Weltwirtschaft basiert die Prognose auf den Annahmen, die der Prognose der Weltkonjunktur zugrunde liegen (Ziffer 48) sowie der erwarteten Entwicklung des außenwirtschaftlichen Umfelds gemäß Tabelle (Tabelle 1). Der Welthandel steigt demnach im Jahr 2013 um 2,2 % und im Jahr 2014 um 5,2 %.
- Der Anstieg der tariflichen Stundenlöhne liegt in den Jahren 2013 und 2014 bei 2,7 %.
- Der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung sinkt von 18,9 % auf 18,4 %.
- Grundlage der Prognose ist die derzeitige Gesetzeslage, das heißt, es werden nur die Maßnahmen einbezogen, bei denen das Gesetzgebungsverfahren bis Ende Oktober 2013 abgeschlossen war.
- Es wird in der Prognose unterstellt, dass es zu keiner Zuspitzung der Krise im Euro-Raum und damit nicht zu Turbulenzen an den Finanzmärkten kommt.
- Grundlage der Prognose ist der Datenstand zum 31. Oktober 2013.

**126.** Im Gegensatz zur außenwirtschaftlichen Situation stellt sich das nationale monetäre Umfeld schon seit längerem ausgesprochen günstig dar, sodass die Grundlage für einen binnenwirtschaftlich getragenen Aufschwung gegeben ist. Das Zinsniveau ist langfristig betrachtet weiterhin sehr niedrig (Ziffer 176). Die momentan ausgesprochen **günstigen Finanzierungsbedingungen** für die deutsche Wirtschaft dürften für den gesamten Prognosezeitraum andauern.

**127.** Laut Befragungen des ifo Instituts kam es aus Sicht der Unternehmen bis zur Jahresmitte 2013 nicht zu einer restriktiveren Kreditvergabe: Die ifo Kredithürde, bei der Unternehmen zu ihrem Urteil bezüglich der **Kreditvergabe** von Banken befragt werden, befindet sich nach

wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Anteil der Unternehmen, die über Probleme bei der Kreditvergabe berichten, ist demnach weiterhin gering.

Darüber hinaus haben sich die internen Richtlinien der Banken für die Kreditvergabe kaum verändert: Der **Bank-Lending-Survey** – eine Umfrage zum Kreditgeschäft, die für Deutschland von der Deutschen Bundesbank durchgeführt wird – signalisiert bis zum aktuellen Rand annähernd konstante Kreditvergabestandards für nichtfinanzielle Unternehmen. Die Kreditinstitute führten an, dass sich angesichts der allgemeinen Konjunkturaussichten ihre Risikoeinschätzung nicht verändert hat. Die deutlich gesunkene Nachfrage nach Unternehmenskrediten – insbesondere von großen Unternehmen – ist der Umfrage zufolge vor allem auf die Nutzung der Innenfinanzierung durch die Unternehmen zurückzuführen. Für die kommenden Monate rechnen die Banken mit einer merklichen Erhöhung der Kreditnachfrage von Unternehmen, insbesondere der Nachfrage nach langfristigen Krediten.

Die Konditionen bei der Vergabe von Wohnungsbaukrediten an private Haushalte wurden der Umfrage zufolge allerdings verschärft, da die Kreditinstitute die Aussichten für den Wohnungsmarkt erstmals seit über drei Jahren etwas pessimistischer sehen als in der vorherigen Umfrage. Insgesamt zieht die Kreditnachfrage nach **privaten Wohnungsbaukrediten** der Umfrage zufolge seit einigen Quartalen an, ohne dass sich dies bisher in einem merklichen Anstieg der Kreditvergabe niedergeschlagen hat. Für die nächsten Monate wird mit einem weiteren Nachfrageanstieg gerechnet (Ziffern 844 ff.).

**128.** Nachdem sich der staatliche Finanzierungssaldo in den vergangenen beiden Jahren merklich verbessert hat, dürfte die Finanzpolitik im Jahr 2013 leicht expansiv ausgerichtet sein. Eine **Fortsetzung der expansiven Finanzpolitik** ist auch im Jahr 2014 zu erwarten. So ist nach aktueller Gesetzeslage von einer weiteren Absenkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung auszugehen, wenngleich abzuwarten bleibt, ob die neue Bundesregierung an dieser Gesetzeslage festhält. Für das Betreuungsgeld werden im Jahr 2014 mehr Mittel als im Jahr 2013 aufgebracht werden müssen, da es erstmals für das gesamte Kalenderjahr ausgezahlt wird. Darüber hinaus kommt es im Jahr 2014 zu Mehrausgaben infolge des Hochwassers im Frühsommer 2013. Diese Einschätzung der Finanzpolitik im kommenden Jahr steht unter dem Vorbehalt möglicher Politikänderungen im Anschluss an die Regierungsbildung auf Bundesebene. Es ist zu befürchten, dass zusätzliche expansive Maßnahmen angesichts einer erwarteten geschlossenen Output-Lücke im Jahr 2014 prozyklisch wirken könnten.

**129.** Neben der im Herbst 2013 vorherrschenden Unklarheit über die wirtschafts- und insbesondere steuerpolitische Ausrichtung der neuen Bundesregierung bestehen weitere **Risiken** für die deutsche Konjunktur, die in erster Linie im außenwirtschaftlichen Umfeld liegen. So geht der Sachverständigenrat unter anderem von einer **konjunkturellen Belebung in den Industrieländern** aus, vor allem im Euro-Raum. Voraussetzung dafür ist das Ausbleiben erneuter Turbulenzen an den Finanzmärkten oder krisenhafter Zuspitzungen sowie die politische Stabilität in den Mitgliedstaaten, besonders aber in denjenigen mit strukturellem Anpassungsbedarf. Insofern ist eines der größten (nicht quantifizierbaren) Risiken, dass es bei der

Einleitung und Umsetzung notwendiger Reformen zu starken innenpolitischen Spannungen kommt.

Zur Jahresmitte 2013 befindet sich **der Indikator zur Politischen Unsicherheit** für Europa wie auch für Deutschland auf einem deutlich niedrigeren Niveau als in den vergangenen zwei Jahren (Kasten 7, Seite 81). Der Zustand des Euro-Raums im Allgemeinen und des Bankensektors einiger Länder im Speziellen bergen nach wie vor Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern, die sich über den Außenhandels- und Vertrauenskanal auf Deutschland übertragen könnten. Die Probleme einiger Finanzinstitute in den Krisenländern des Euro-Raums erscheinen noch immer ungelöst, wenngleich es mittlerweile erste Fortschritte bei der Entschuldung des Bankensektors gegeben hat (Ziffer 389). **Neuerliche Unsicherheitschocks**, die bereits in der Vergangenheit immer wieder zu starken Beeinträchtigungen geführt haben, können nicht ausgeschlossen werden.<sup>5</sup>

**130.** Zudem könnte der erwartete kräftigere Zuwachs des Welthandels im kommenden Jahr durch Handelskonflikte beeinträchtigt werden, sofern diese zu **protektionistischen Maßnahmen** führen. Zur Jahresmitte wurde ein Handelsstreit mit der chinesischen Regierung beendet, indem die Europäische Kommission ein Abkommen aushandelte, welches unter anderem eine Preisuntergrenze für chinesische Solarmodule festsetzte.<sup>6</sup> Dadurch wurden Strafzölle für Produkte beider Seiten verhindert. Die deutsche Volkswirtschaft wäre davon als wichtigster Handelspartner Chinas in Europa überproportional betroffen gewesen. Sollten sich ähnliche Spannungen im Prognosezeitraum wiederholen, könnte die Zunahme des Welthandels schwächer ausfallen als in dieser Prognose unterstellt. Zusätzlich können geopolitische Unwägbarkeiten, wie etwa der Syrienkonflikt und die fragile Lage in anderen arabischen Ländern, den Ölpreis erhöhen und damit die weltwirtschaftliche Entwicklung deutlich beeinträchtigen.

**131.** Zudem gibt es eine Reihe offener wirtschaftspolitischer Fragen. Daher sollte zügig **Klarheit über die wirtschaftspolitischen Absichten** der neuen Bundesregierung für die kommende Legislaturperiode geschaffen werden. Insbesondere würden die Investitionen durch die nationale Wirtschaftspolitik dann tendenziell negativ beeinflusst werden, wenn es zu Steuererhöhungen käme oder – im speziellen Falle des Wohnungsbaus – zu verstärkter Regulierung, etwa der im Bundestagswahlkampf diskutierten „Mietpreisbremse“ (Ziffern 599 ff. und 861 ff.). Darüber hinaus besteht weiterhin Unsicherheit bezüglich des Fortgangs der Energiewende und der damit verbundenen Entwicklung der Strompreise (Ziffern 788 f.). Die Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit sind zwar nicht klar abzusehen.

---

<sup>5</sup> Ein unsicherer wirtschaftlicher Ausblick kann Unternehmen dazu veranlassen, Investitionsprojekte aufzuschieben, da sie Fixkosten zur Anpassung ihres Kapitalstocks vermeiden wollen (Expertise 2009 Kasten 3; Bloom et al., 2012). Außerdem kann Unsicherheit im Zusammenspiel mit Friktionen auf den Finanzmärkten dazu führen, dass die Investitionstätigkeit permanent reduziert wird, weil die Risikoprämien stark ansteigen (Gilchrist et al., 2010; Christiano et al., 2013) oder weil speziell riskantere Projekte, wegen der Risikoaversion des Managements, nicht mehr durchgeführt werden (Panousi und Papanikolaou, 2012).

<sup>6</sup> Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 26.07.2013 (MEMO/13/729).



Denkbar wäre aber – gerade in energieintensiven Industriebereichen – das Unterlassen von Erneuerungs- und Erweiterungsinvestitionen.

**132.** Es besteht jedoch ebenso die Möglichkeit, dass sich die Entwicklung besser als erwartet darstellt. So könnte das niedrige Zinsniveau einen deutlich stärkeren Stimulus auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen und Haushalte ausüben, als in der Prognose unterstellt wurde. Gegebenenfalls sind in einem derartigen Umfeld sogar **Übertreibungen möglich**. Darüber hinaus könnten die Anpassungsprozesse in den Problemländern bereits weiter fortgeschritten sein als bislang absehbar, wodurch sich die konjunkturelle Erholung in diesen Ländern zügiger vollziehen könnte. Dies würde sich positiv auf die deutsche Volkswirtschaft auswirken. In Anbetracht der genannten Faktoren kann also durchaus ein besserer wirtschaftlicher Fortgang möglich sein, als ihn der Sachverständigenrat im Rahmen dieser Prognose ermittelt. Die Wahrscheinlichkeit dafür schätzt der Sachverständigenrat allerdings als gering ein.

### 3. Die Entwicklung im Einzelnen

**133.** Die hier vorgestellte Prognose des Sachverständigenrates wird im Sinne eines Modalwerts als das wahrscheinlichste Szenario der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in diesem und dem kommenden Jahr angesehen. Infolge der stärkeren Produktionsausweitung in der zweiten Jahreshälfte 2013 ergibt sich ein statistischer Überhang für das Jahr 2014 von 0,6 %, bei einer jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate von 0,4 % für das Jahr 2013. Dies führt dazu, dass die erwartete **jahresdurchschnittliche Zuwachsrate** des Jahres 2014 von 1,6 % (kalenderbereinigt 1,6 %) die konjunkturelle Belebung etwas überzeichnet. Dies wird deutlich, wenn man die Jahresverlaufsraten, also die arbeitstäglich bereinigten Veränderungen des vierten Quartals gegenüber dem Vorjahresquartal, betrachtet. Diese Größe beschreibt die konjunkturelle Tendenz am aktuellen Rand besser. Nach einem Zuwachs der Jahresverlaufsrates von 1,4 % im vierten Quartal des Jahres 2013 wird für das Jahr 2014 ein entsprechender Wert von 1,7 % erwartet (Tabelle 10).

Tabelle 10

#### Komponenten der Wachstumsprognose des Bruttoinlandsprodukts

	%						
	2008	2009	2010	2011	2012	2013 <sup>1)</sup>	2014 <sup>1)</sup>
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres <sup>2)</sup> .....	0,8	- 1,8	1,2	1,5	0,3	- 0,3	0,6
Jahresverlaufsrates <sup>3)</sup> .....	- 1,8	- 2,2	4,2	2,2	0,3	1,4	1,7
jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts, kalenderbereinigt .....	0,8	- 5,1	3,9	3,4	0,9	0,5	1,6
Kalendereffekt (In % des Bruttoinlandsprodukts) .....	0,3	- 0,1	0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0
jahresdurchschnittliche Rate des Bruttoinlandsprodukts <sup>4)</sup> ...	1,1	- 5,1	4,0	3,3	0,7	0,4	1,6

1) Prognose des Sachverständigenrates.– 2) Prozentuale Differenz zwischen dem absoluten Niveau des Bruttoinlandsprodukts im letzten Quartal des Jahres t und dem durchschnittlichen Niveau der Quartale im Jahr t (siehe JG 2005 Kasten 5).– 3) Veränderung des vierten Quartals gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres.– 4) Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

[Daten zur Tabelle](#)

## Außenhandel: Exportbelebung nach magerem Jahr

**134.** Der deutliche Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal des Jahres 2012 ging maßgeblich auf die Exportentwicklung zurück. Die Exporte sanken in realer, saisonbereinigter Rechnung um 1,6 % gegenüber dem Vorquartal und damit deutlich stärker als die Importe mit 0,9 %. Im Jahresergebnis 2012 wurden preisbereinigt insgesamt dennoch 3,2 % mehr Waren und Dienstleistungen exportiert – ein im längerfristigen Vergleich jedoch unterdurchschnittlicher Anstieg. Nach wie vor befinden sich viele wichtige Handelspartner im Euro-Raum, mit denen die deutsche Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren Handelsüberschüsse erwirtschaftet hat, in einem Anpassungsprozess, der sich in den Leistungsbilanzen der Länder niederschlägt. Dabei erzielten die einzelnen Volkswirtschaften bereits beachtenswerte Fortschritte (Ziffern 84 ff.), die sich jedoch in einer geringeren Nachfrage nach in Deutschland hergestellten Produkten niederschlugen.

**135.** Die deutschen Exporte wurden im bisherigen Verlauf des Jahres 2013 durch eine **schwächere Nachfrage aus den Schwellenländern** und eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beeinflusst. Die Schwellenländer, deren Nachfrage nach Investitionsgütern die deutschen Ausfuhren stützte, verzeichneten zuletzt schwächere Zuwachsraten als in den Vorjahren. Da sie in den letzten Jahren bedeutsame Handelspartner geworden sind (Schaubild 29), wirkt sich eine Änderung der Nachfrage in diesen Regionen entsprechend stärker aus. Zudem verschlechterte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft, insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten (Ziffer 125).

In den ersten acht Monaten des Jahres 2013 exportierten die deutschen Unternehmen in der Abgrenzung des **Spezialhandels** nominal 1,1 % weniger Waren als im Vorjahr. Besonders deutliche Rückgänge sind bei der Ausfuhr nach Italien (-5,7 %), Frankreich (-4,4 %), China (-3,8 %), in die Schweiz (-3,6 %) und nach Österreich (-2,1 %) festzustellen. Im Falle des Warenhandels mit China ist vor allem darauf hinzuweisen, dass deutsche Unternehmen mittlerweile vor Ort über umfassende Kapazitäten verfügen, um für den chinesischen Absatzmarkt zu produzieren.<sup>7</sup> Geringfügig ausgeweitet wurden die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten (0,3 %) sowie in das Vereinigte Königreich (1,2 %). Den größten absoluten Zuwachs gab es im Warenhandel mit der Türkei, der um über 1,2 Mrd Euro (9,4 %) höher liegt als im Vorjahr.

**136.** Nach einer nur geringfügigen Ausweitung der **Exporte** im Jahr 2013 um 0,2 %, die hauptsächlich aus der Entwicklung des zweiten Halbjahres resultiert, wird davon ausgegangen, dass es im Jahr 2014 im Zuge der sich belebenden Weltwirtschaft zu einem stärkeren Zuwachs in Höhe von 5,2 % kommen wird. Bei der im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt schwachen Exportdynamik dürften die Komponenten der inländischen Nachfrage die Importentwicklung wesentlich beeinflussen, insbesondere wenn sich – wie in der Prognose

<sup>7</sup> Beispielsweise haben deutsche Automobilhersteller ihre Produktion in China zwischen den Jahren 2005 und 2012 um das Siebenfache auf 2,9 Mio Einheiten gesteigert. Allein der Zuwachs im Jahr 2012 betrug 36 % gegenüber dem Vorjahr. Zudem soll dieser Prozess fortgesetzt werden, vergleiche Statement von Matthias Wissmann, Präsident des Verbandes der Automobil Industrie (VDA), anlässlich der VDA-Presskonferenz auf der Shanghai Motor Show am 20.04.2013.



Schaubild 29

Deutscher Außenhandel<sup>1)</sup> nach Regionen in den Jahren 2000 und 2012

Industrieländer      Schwellenländer



1) Spezialhandel.– 2) Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn.– 3) Gebietsstand: 1. Januar 2011.

unterstellt – im Jahresverlauf 2014 die Investitionstätigkeit wieder deutlich belebt. Getragen von den stabilen Privaten Konsumausgaben und der steigenden Investitionstätigkeit ist daher mit einer beschleunigten Expansion der **Importe** zu rechnen. Diese werden im Jahr 2013 schätzungsweise um 1,0 % und im Jahr 2014 um 6,3 % ansteigen.

### **Investitionen: Indikatoren signalisieren Beschleunigung**

**137.** Der seit Ende des Jahres 2011 andauernde Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen wurde im zweiten Quartal Jahres 2013 gestoppt, und es wurde wieder mehr investiert als im Vorquartal. Gleichwohl befanden sich die **Ausrüstungsinvestitionen** noch um 18,6 % unter dem Höchststand aus dem Jahr 2007. Trotz günstiger monetärer Rahmenbedingungen hatte der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen am nominalen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2012 nur noch 6,3 % betragen, was teilweise durch eine erhöhte Unsicherheit erklärt werden kann (Kasten 7). Dieses war der zweitniedrigste Wert seit dem Jahr 1991.

**138.** Die vorliegenden Indikatoren deuten jedoch auf eine Zunahme der Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum hin. So zeigt die inländische Nachfrage im Investitionsgütersektor zur Jahresmitte deutlich nach oben, was einen weiteren Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal vermuten lässt. Dafür sprechen nicht zuletzt die steigenden Auftragseingänge für Investitionsgüter im dritten Quartal des Jahres 2013. Der Herbst-Umfrage des DIHK zufolge konzentrieren sich die Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen in erster Linie auf den Ersatz und die Rationalisierungen, inzwischen aber auch wieder vermehrt auf Erweiterungsinvestitionen. Letzteres wird dadurch gestützt, dass die Kapazitätsauslastung, die im Verarbeitenden Gewerbe in der ersten Jahreshälfte leicht unterdurchschnittlich war, zuletzt wieder angestiegen ist. Zudem könnten mit der anziehenden außenwirtschaftlichen Nachfrage Kapazitätserweiterungen als **Investitionsmotiv** wieder an Bedeutung gewinnen.

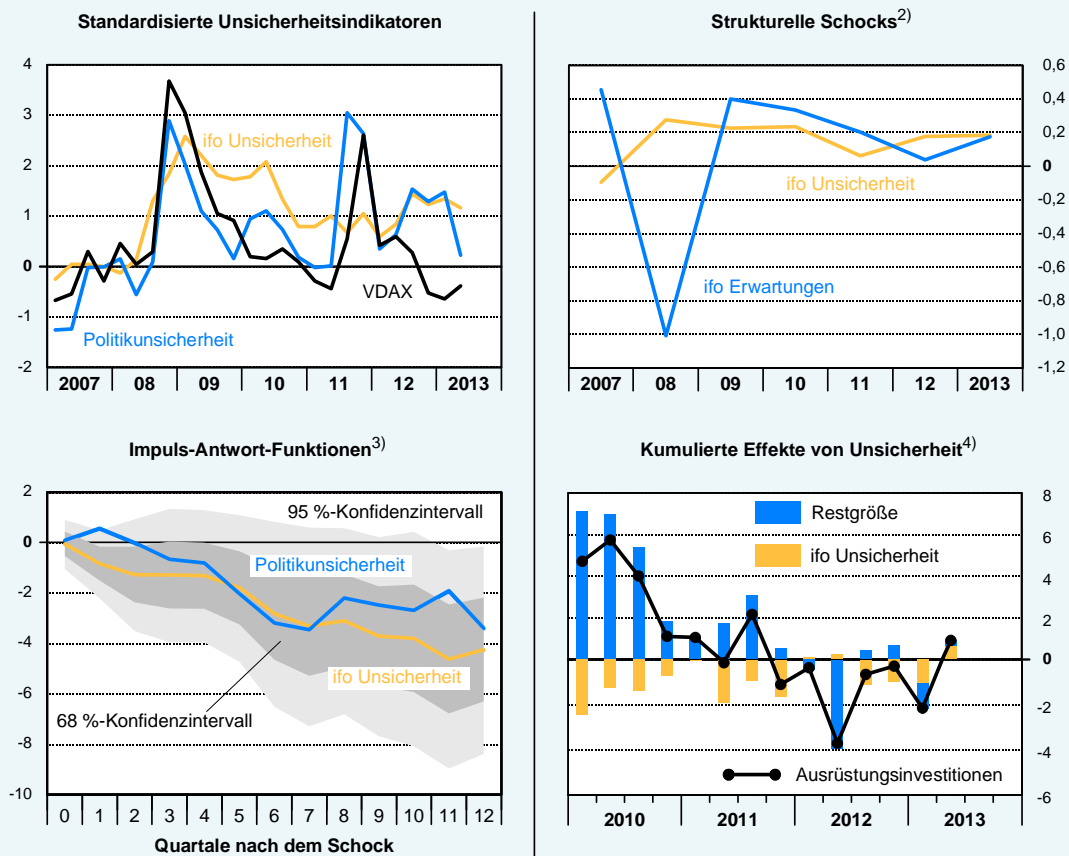
**139.** Zusätzlich dürften sich die Möglichkeiten der Innenfinanzierung weiter verbessern und somit einen weiteren Beitrag zu einer wieder **aufwärts gerichteten Investitionstätigkeit** der Unternehmen leisten. Insgesamt kommt die Prognose zu dem Ergebnis, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2013 um 2,6 % zurückgehen werden und sich im Jahr 2014 ein Zuwachs von 6,2 % einstellt.

#### Kasten 7

##### **Der Einfluss von Unsicherheit auf die Ausrüstungsinvestitionen**

Die Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland sanken im Jahr 2012 trotz der eigentlich günstigen Fundamentaldaten, wie etwa des sehr niedrigen Zinsniveaus. Als Ursache der schwachen Entwicklung wird häufig eine erhöhte Unsicherheit genannt (JG 2012 Ziffer 82; IWF, 2013). Ein Anstieg der Unsicherheit bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit zukünftig besonders negativer oder besonders positiver Ereignisse zugenommen hat. Eine oftmals verwendete Kennzahl zur Abbildung der Unternehmensunsicherheit ist die implizite Aktienindexvolatilität (in Deutschland der VDAX), die jedoch im Verlauf des Jahres 2012 stark zurückging und aktuell die allgemein empfundene Unternehmensunsicherheit nicht abzubilden scheint (Schaubild 30, oben links).

Schaubild 30

Messung der Effekte von Unternehmensunsicherheit auf Ausrüstungsinvestitionen<sup>1)</sup>

1) Eigene Berechnungen.– 2) Identifikation durch strukturelles VAR-Modell mit Produktionserwartungen, ifo Unsicherheit und Monatsveränderungen der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe. Strukturelle Schocks im Jahresdurchschnitt.– 3) Berechnung nach Kilian (2009).– 4) Berechnung nach Carstensen, Elstner und Paula (2013).

© Sachverständigenrat

Quellen für Grundzahlen: Baker et al. (2013), ifo, Thomson Financial Datastream

Daten zum Schaubild

Deshalb wurden jüngst zwei zusätzliche Indikatoren vorgeschlagen: Der breiter definierte Politische Unsicherheitsindikator (Baker et al., 2013) und der ifo Unsicherheitsindex (Bachmann et al., 2013). Letzterer wird auf Basis der Streuung der individuellen Produktionserwartungen des ifo Konjunkturtests im Verarbeitenden Gewerbe berechnet. Beide Indikatoren befanden sich im Jahr 2012 auf einem relativ hohen Niveau und sind im Jahresverlauf sogar noch weiter gestiegen. Sie scheinen daher eher geeignet, die Unsicherheit im zurückliegenden Jahr abzubilden.

Um den Effekt der Unsicherheit auf die Ausrüstungsinvestitionen quantifizieren zu können, wird in zwei Arbeitsschritten vorgegangen (Kilian, 2009). Dies ist nötig, da die Ausrüstungsinvestitionen nur auf Quartalsebene, die Unsicherheitsindizes allerdings monatlich vorliegen. Zuerst werden mit Hilfe eines VAR-Modells strukturelle Unsicherheitsschocks identifiziert. Bei diesen – mit der Cholesky-Identifikation bestimmten – strukturellen Unsicherheitsschocks handelt es sich um exogene Einflüsse, welche die Unsicherheit von Unternehmen erhöhen und nicht durch konjunkturelle Einflüsse sowie Veränderungen in den Unternehmenserwartungen (gemessen durch die ifo Produktionserwartungen) erklärt werden können.

Die Unsicherheit von Unternehmen hat sich in der Finanzkrise erhöht (Schaubild 30, oben rechts). Dies muss aber nicht zwingend mit pessimistischen Unternehmenserwartungen einhergehen. So hellten sich die pessimistischen Erwartungen Ende des Jahres 2008 einhergehend mit der rasanten konjunkturellen Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder deutlich auf.

In einem zweiten Schritt werden die monatlichen strukturellen Unsicherheitsschocks für jedes Quartal gemittelt und als kontemporärer und verzögerter Regressor in eine Regressionsgleichung aufgenommen, die die prozentuale Veränderung der Ausrüstungsinvestitionen erklärt. Mit Hilfe der geschätzten Koeffizienten lassen sich Impuls-Antwort-Funktionen konstruieren. Sie zeigen grafisch, wie die Ausrüstungsinvestitionen nach einem Unsicherheitsschock reagieren (Schaubild 30, unten links). Bei einem unerwarteten Anstieg des ifo Unsicherheitsindikators oder der Politikunsicherheit gehen die Ausrüstungsinvestitionen permanent zurück.

Mit Hilfe der geschätzten Koeffizienten und den strukturellen Unsicherheitsschocks lässt sich zudem der tatsächliche Effekt der gestiegenen Unsicherheit auf die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2012 quantifizieren (Schaubild 30, unten rechts). Es wird deutlich, dass die Unsicherheit schon in den konjunkturell guten Jahren 2010 und 2011 einen negativen Einfluss auf die Ausrüstungsinvestitionen ausgeübt hat. Auch im Jahr 2012, vor allem im zweiten Halbjahr, dämpfte die Unsicherheit die Investitionstätigkeit der Unternehmen spürbar. Insgesamt kann der negative Effekt, den die erhöhte Unsicherheit auf die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2012 besaß, auf 2,7 Prozentpunkte beziffert werden.

Die Analyseergebnisse stützen somit die Hypothese, dass die hohe Unsicherheit zur Investitionsschwäche beigetragen hat. Gleichwohl ist der Erklärungsbeitrag geringer als vielfach vermutet.

**140.** Zu Jahresbeginn wurde die Bauwirtschaft durch die Witterung stark beeinträchtigt. Dementsprechend berichteten weit mehr Unternehmen als saisonal üblich über witterungsbedingte Produktionseinschränkungen.<sup>8</sup> Daher wurde zunächst deutlich weniger in Bauten investiert als im Vorquartal, zur Jahresmitte kam es dann zu Nachholeffekten. Ein konjunkturell bedeutsamer Einfluss des Hochwassers im Frühsommer ist bislang nicht auszumachen. Die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für die **Bauwirtschaft**, insbesondere den Wohnungsbau, sind weiterhin gut. Nachteilig könnten sich jedoch wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie beispielsweise eine stärkere gesetzliche Regulierung von Mieten, auswirken.

**141.** Die Wohnungsbauinvestitionen werden aller Voraussicht nach in den kommenden Quartalen die gesamten **Bauinvestitionen** stützen. Die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen für Wohnungsbaukredite sowie die – nicht zuletzt infolge der niedrigen Kapitalmarktzinsen – verstärkte Nachfrage nach Immobilien dürften dafür verantwortlich sein, wenngleich die Kreditbeschränkungen etwas dämpfend wirken könnten (Ziffer 127). Die Effektivzinssätze für Wohnungsbaukredite im Neugeschäft an private Haushalte stiegen zwar

---

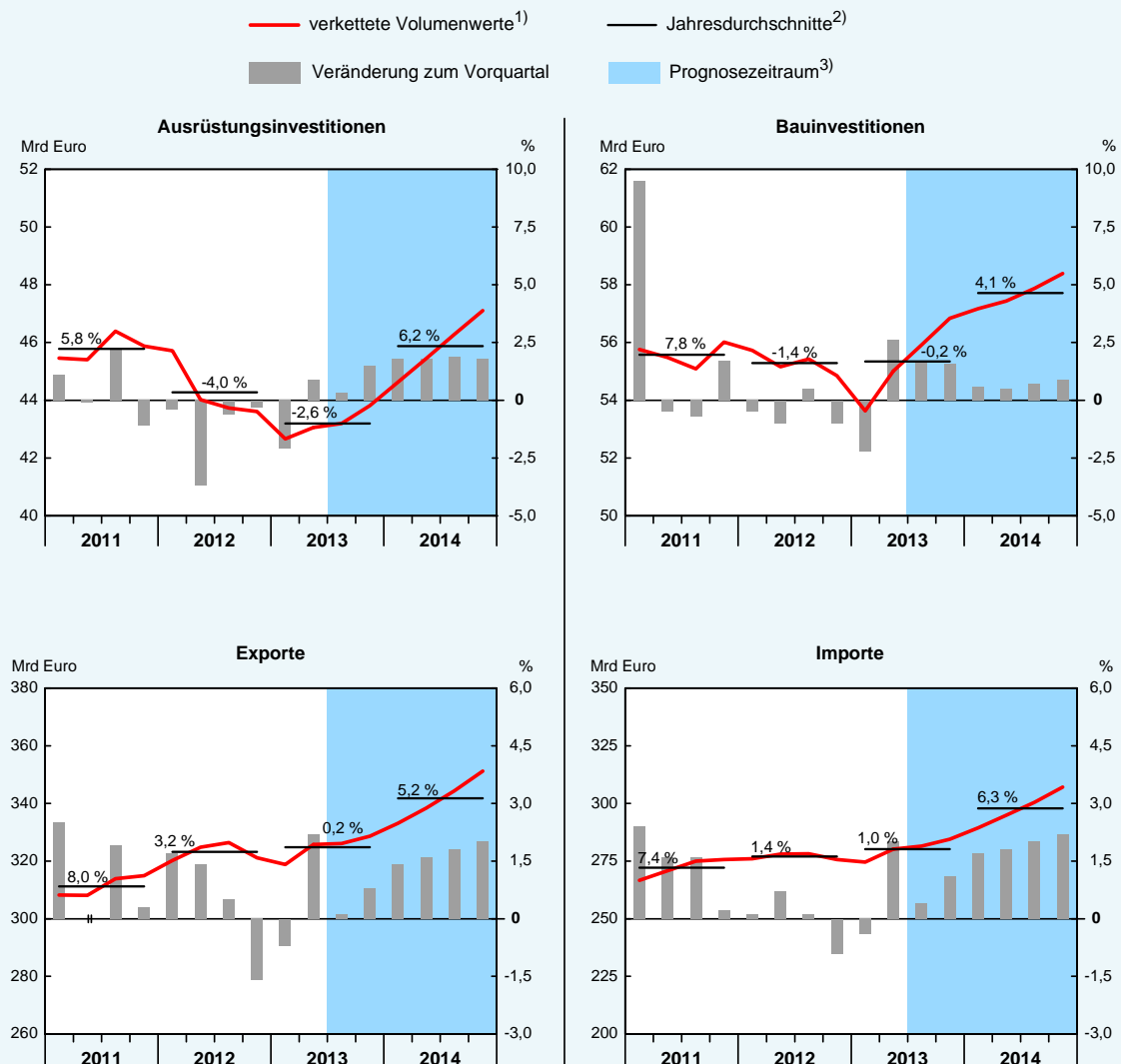
<sup>8</sup> Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes lag die Durchschnittstemperatur um 3,3°C tiefer als der Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 – 1990, gegenüber der Vergleichsperiode 1981 bis 2010 sogar um 4,1°C. Somit gehörte der März des Jahres 2013 zu den sechs kältesten Märzmonaten seit Messbeginn im Jahr 1881.

seit der Jahresmitte leicht an, sie befinden sich im September 2013 aber bei lediglich 2,92 % und damit weiterhin deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Unter diesen Voraussetzungen ist im Prognosezeitraum mit einer weiter aufwärts gerichteten Entwicklung zu rechnen. So liegt die prognostizierte Zuwachsrate der Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2013 bei 1,1 %. Für das Jahr 2014 wird von einer Zuwachsrate von 4,2 % ausgegangen. Die öffentlichen Bauinvestitionen nehmen deutlich zu. Vom gewerblichen Bau sind weniger Impulse zu erwarten. Insgesamt gehen die prognostizierten Bauinvestitionen im Jahr 2013 um 0,2 % zurück. Im kommenden Jahr legen sie jedoch kräftig zu, und zwar um 4,1 % (Schaubild 31).

Die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt, die neben den Ausrüstungs- und den Bauinvestitionen noch die Investitionen in Sonstige Anlagen beinhalten, dürften nach einem moderaten Anstieg im Jahr 2013 im kommenden Jahr ebenfalls deutlicher expandieren.

Schaubild 31

## Komponenten des Bruttoinlandsprodukts



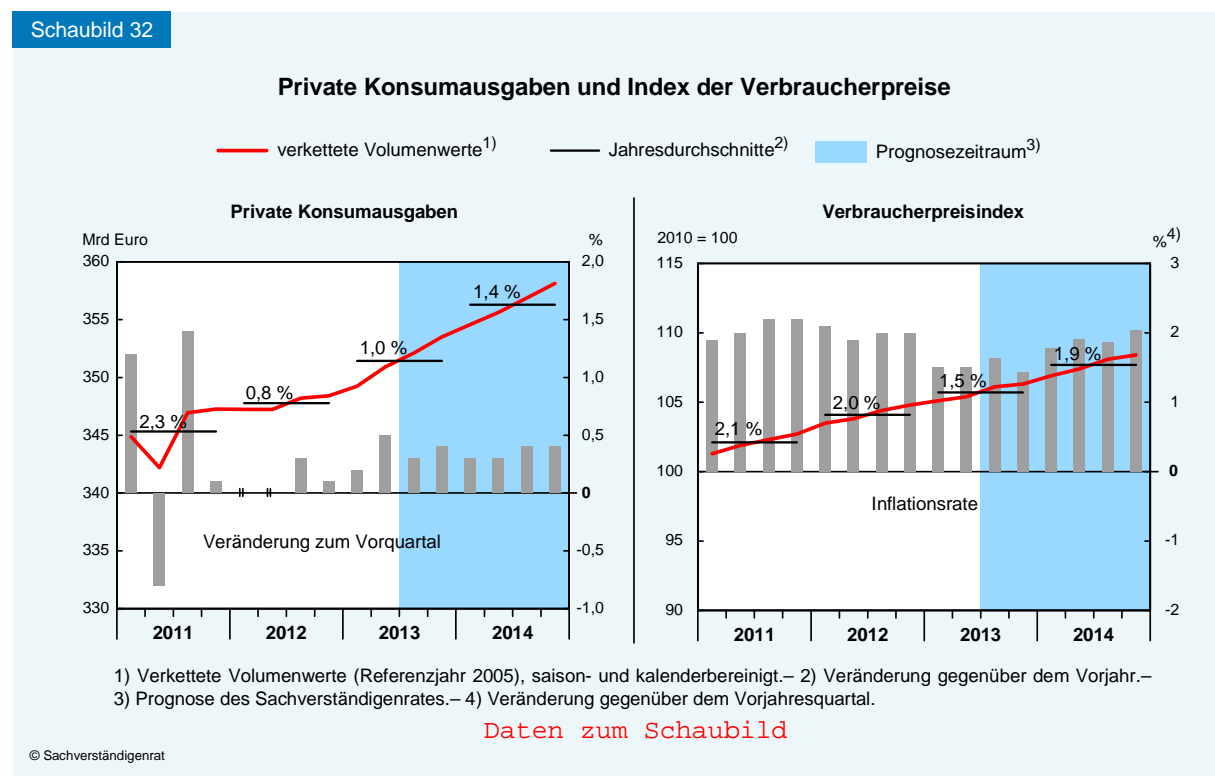
1) Verkettete Volumenwerte (Referenzjahr 2005), saison- und kalenderbereinigt.– 2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.– 3) Prognose des Sachverständigenrates.

Daten zum Schaubild

## Konsumausgaben: Anhaltend positive Perspektiven

**142.** Im Prognosezeitraum ist ein weiterer Anstieg der Privaten Konsumausgaben zu erwarten. Der Konsum ist in der Regel wenig volatil und damit ein Stabilisator der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Bruttolöhne und -gehälter dürften infolge der stabilen Arbeitsmarktentwicklung und der moderaten Tariflohnabschlüsse im Jahr 2013 um 3,2 % steigen, im Jahr 2014 um 3,4 %. Dies dürfte im Jahr 2014 von einer Entlastung bei den Sozialabgaben flankiert werden. Der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung sinkt nach derzeitiger Rechtslage voraussichtlich auf 18,4 %. Die prognostizierten verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte steigen im Jahr 2014 nominal um 3,4 %. Dies wird in Kombination mit einer leicht steigenden Teuerungsrate dazu führen, dass die **Privaten Konsumausgaben** im Prognosezeitraum weiter zulegen. Im Jahr 2013 werden sie schätzungsweise um 1,0 %, im Jahr 2014 um 1,4 % ansteigen (Schaubild 32, links). Zudem ist davon auszugehen, dass die Konsumausgaben des Staates ihren Trend fortsetzen und weiterhin zum Wachstum beitragen.

Schaubild 32



## Preisentwicklung: Leichter Auftrieb von niedrigem Niveau

**143.** Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Jahr 2013 merklich abgeschwächt. Trotz eines Anstiegs der Umlage im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu Beginn des Jahres, der die Inflationsrate isoliert betrachtet um rund 0,2 Prozentpunkte ansteigen ließ, schwächte sich der Preisauftrieb bereits im Januar 2013 auf nur noch 1,7 % ab. Der schwache Anstieg des **Verbraucherpreisindex** (VPI) ist dabei allerdings zum Teil der Abschaffung der Praxisgebühr zum Jahresbeginn 2013 geschuldet, welche die Inflationsrate für sich genommen um knapp 0,2 Prozentpunkte sinken ließ. Die Entwicklung der Verbraucherpreise im Jahresverlauf wurde wesentlich durch den weniger stark steigenden Trend der Energiepreise bestimmt. Der Preisauftrieb wurde in den Sommermonaten demgegenüber durch einen vo-

rübergehend kräftigen Anstieg der Nahrungsmittelpreise sowie die Preiserhöhung beim Lotto, welche die Inflationsrate isoliert um 0,2 Prozentpunkte ansteigen ließ, verstärkt.

**144.** Bis einschließlich Oktober 2013 ergibt sich eine durchschnittliche Veränderungsrate des VPI von 1,5 %, die auch für den gesamten Jahresdurchschnitt zu erwarten ist (Schaubild 32, rechts). Im Jahr 2014 dürfte sich die Inflationsrate auf 1,9 % erhöhen. Zu dieser Entwicklung trägt neben der besseren konjunkturellen Situation in Deutschland der Basiseffekt der erneuten Anhebung der **EEG-Umlage** bei. Diese wird sich zu Beginn des Jahres um 0,96 ct/kWh erhöhen (Ziffer 786). Dies entspräche einem Anstieg des Strompreises für die privaten Haushalte von knapp 4 %, wenn die Erhöhung vollständig auf sie umgelegt würde. Unter Berücksichtigung des Gewichts der Strompreise von 2,6 % im VPI ergibt sich allein daraus ein Anstieg der Inflationsrate von 0,1 Prozentpunkten.

### **Arbeitsmarkt: Weiterhin steigende Beschäftigung**

**145.** Der Arbeitsmarkt befindet sich im Jahr 2013 nach wie vor in einer guten Verfassung. Die Erwerbstätigkeit ist wie in den Vorjahren weiter angestiegen und wird mit voraussichtlich 41,86 Millionen Personen im Jahresdurchschnitt 2013 wiederum einen neuen **Höchststand** erreichen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird jedoch nicht weiter zurückgehen, sondern sich leicht auf etwa 2,95 Millionen Personen erhöhen. Dass seit Mitte des Jahres 2012 zugleich die Erwerbstätigkeit und die Arbeitslosigkeit angestiegen sind, spiegelt eine Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials und sinkende Abgangsraten aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit wider.

Für das Jahr 2014 rechnet der Sachverständigenrat mit einem weiteren moderaten Zuwachs der Erwerbstätigkeit auf jahresdurchschnittlich 42,1 Millionen Personen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte dabei auf etwa 29,68 Millionen Personen ansteigen. Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich mit 2,95 Millionen Personen in etwa auf dem Niveau des Jahres 2013 bleiben und damit weiterhin unter der Drei-Millionen-Grenze liegen. Die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) könnte bei knapp 3,9 Millionen Personen im Jahresdurchschnitt 2014 verharren. Während die Erwerbstätigkeit derzeit also selbst bei nur moderatem Wirtschaftswachstum noch zunimmt, zeichnet sich mehr und mehr ein Kern verfestigter Arbeitslosigkeit ab. Diese zu reduzieren ist eine der wesentlichen Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik (Ziffern 487 ff.).

**146.** Der **Anstieg der Erwerbstätigkeit** wird im Jahresdurchschnitt 2013 bei etwas mehr als 250 000 Personen liegen (Tabelle 11). Damit fällt der Zuwachs zwar deutlich geringer aus als in den beiden Vorjahren; angesichts des schwachen konjunkturellen Umfelds ist er allerdings beachtenswert. Einer der Hauptgründe für den kräftigen Anstieg von knapp 39 Millionen Erwerbstätigen im Jahr 2005 auf voraussichtlich über 42 Millionen Erwerbstätige im Jahr 2014 ist in den Arbeitsmarktreformen in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts zu sehen (Fahr und Sunde, 2009; Caliendo und Hogenacker, 2012, Hertweck und Sigrist, 2013; Klinger et al., 2013a; 2013b).



Darüber hinaus stützte die langjährige moderate Lohnpolitik der Tarifvertragsparteien die Beschäftigungsentwicklung. Ebenfalls verlief die weltwirtschaftliche Entwicklung vorteilhaft, insbesondere für den deutschen Industriesektor, wobei der spezifische Exportnachfrageschock im Jahr 2009 von den Unternehmen mit Rückgriff auf interne Flexibilitätsoptionen gut abgedeckt werden konnte (Ziffer 476).

Die Beschäftigungsentwicklung fiel seit dem Jahr 2005 in den Teilbereichen der Wirtschaft sehr unterschiedlich aus: So waren starke Beschäftigungsgewinne vor allem in den Dienstleistungsbereichen zu verzeichnen (Schaubild 33, links). Bei den Unternehmens- und öffentlichen Dienstleistern (einschließlich Gesundheit und Erziehung) beispielsweise stieg die Anzahl der Arbeitnehmer im Vergleich der Jahre 2005 und 2012 zusammengenommen um mehr als 1,6 Millionen Personen; im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) hingegen nur um

Tabelle 11

### Der Arbeitsmarkt in Deutschland

Tausend Personen

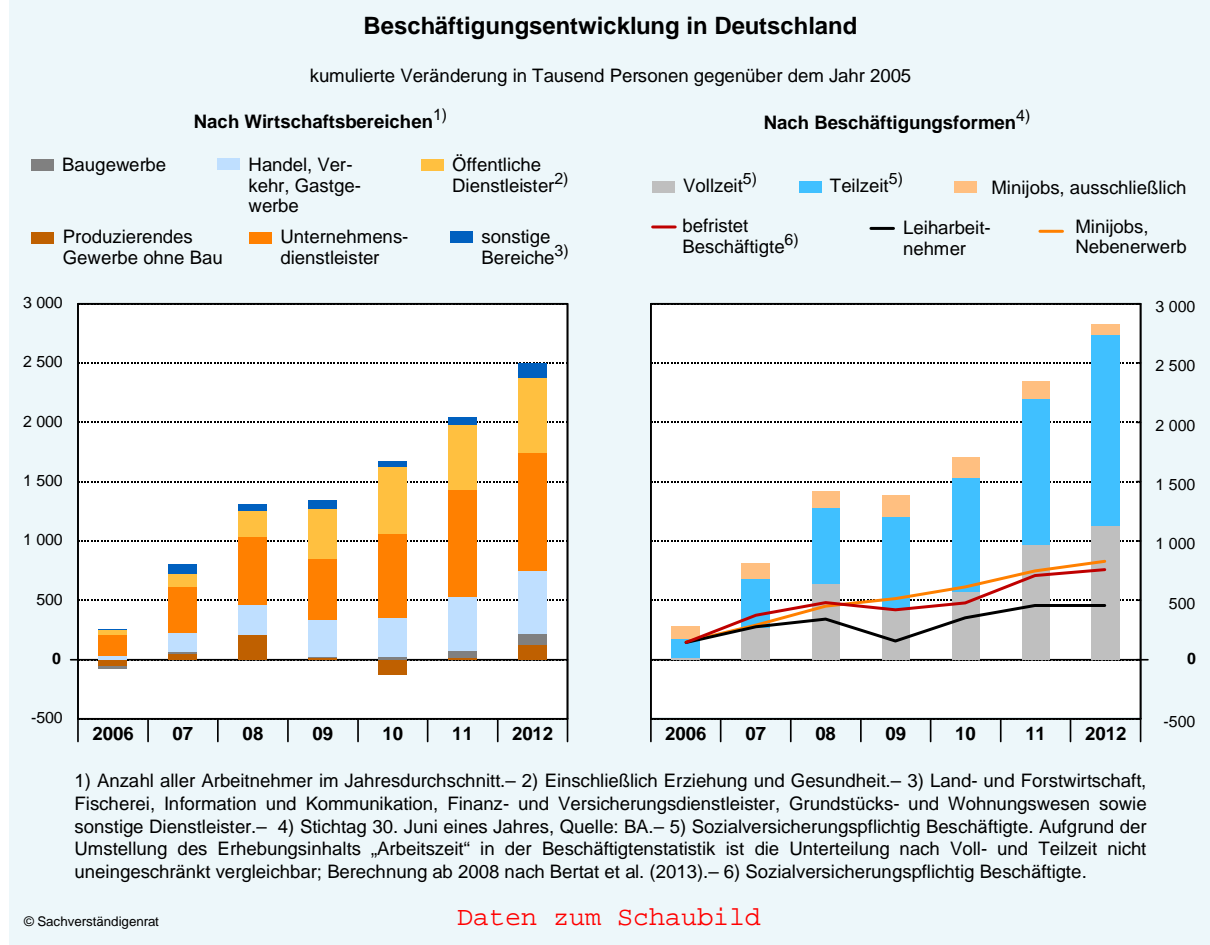
	2010	2011	2012	2013 <sup>1)</sup>	2014 <sup>1)</sup>	2013 <sup>1)</sup>	2014 <sup>1)</sup>
	Jahresdurchschnitte					Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
Erwerbspersonen <sup>2)3)</sup> .....	43 493	43 603	43 861	44 135	44 372	274	237
Erwerbslose <sup>4)</sup> .....	2 946	2 502	2 316	2 336	2 325	20	- 11
Pendlersaldo <sup>5)</sup> .....	40	51	63	61	62	- 2	1
Erwerbstätige <sup>6)</sup> .....	40 587	41 152	41 608	41 860	42 109	252	249
Selbstständige .....	4 476	4 548	4 548	4 502	4 510	- 46	8
Arbeitnehmer .....	36 111	36 604	37 060	37 358	37 599	298	241
darunter: marginal Beschäftigte <sup>7)</sup> .....	5 883	5 763	5 646	5 596	5 570	- 50	- 26
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>8)</sup> .....	27 756	28 440	28 991	29 367	29 679	376	312
geringfügig entlohnte Beschäftigte insgesamt <sup>8)9)</sup> .....	7 255	7 379	7 397	7 455	7 481	58	26
davon:							
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte .....	4 881	4 864	4 803	4 800	4 794	- 3	- 6
im Nebenerwerb geringfügig entlohnte Beschäftigte .....	2 373	2 515	2 594	2 655	2 687	61	32
registriert Arbeitslose <sup>8)</sup> .....	3 238	2 976	2 897	2 954	2 950	57	- 4
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) <sup>8)10)</sup> .....	4 747	4 212	3 927	3 910	3 893	- 17	- 17
Kurzarbeiter (Beschäftigtenäquivalent) <sup>8)</sup> .....	168	55	41	49	44	8	- 5
Erwerbspersonenpotenzial <sup>11)</sup> .....	44 717	44 982	45 183	45 403	45 520	220	117
nachrichtlich:							
Arbeitsvolumen (Millionen Stunden) <sup>12)</sup> .....	57 004	57 835	57 972	58 118	58 526	146	408
	<b>Quoten</b>						
	%					Prozentpunkte	
Arbeitslosenquote <sup>8)13)</sup> .....	7,7	7,1	6,8	6,9	6,8	0,1	- 0,1
ILO-Erwerbslosenquote <sup>14)</sup> .....	6,8	5,7	5,3	5,3	5,2	0,0	- 0,1

1) Prognose des Sachverständigenrates.– 2) Personen im erwerbsfähigen Alter mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept).– 3) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.– 4) Nach ILO-Definition.– 5) Erwerbstätige Einpendler aus dem Ausland/Auspendler in das Ausland.– 6) Erwerbstätige mit einem Arbeitsplatz in Deutschland unabhängig von ihrem Wohnort (Inlandskonzept).– 7) Arbeitnehmer, die keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, aber nach dem Labour-Force-Konzept der ILO als erwerbstätig gelten, insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Personen in Arbeitsgelegenheiten.– 8) Quelle: BA.– 9) Beschäftigte mit einem Arbeitsentgelt bis zu 450 Euro; bis 31.12.2012 bis zu 400 Euro (§ 8 Absatz 1, Nr. 1 SGB IV).– 10) Gemäß Unterbeschäftigungskonzept der BA.– 11) Quelle: IAB.– 12) Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland).– 13) Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen.– 14) Erwerbslose in Relation zu den Erwerbspersonen.

Daten zur Tabelle



Schaubild 33



knapp 130 000 Personen. Die entsprechenden Zuwächse der gesamten Erwerbstätigkeit beliefen sich auf etwa 1,8 Millionen Personen beziehungsweise knapp 100 000 Personen.

Im Hinblick auf die Erwerbsformen ist vor allem ein deutlicher **Anstieg der Teilzeitbeschäftigung** festzustellen (Schaubild 33, rechts). Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) arbeiteten zum Stichtag 31. März 2013 etwa ein Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilzeit. Bei der atypischen Beschäftigung insgesamt ist seit dem Jahr 2006 kein überproportionaler Anstieg zu beobachten. Dazu zählen neben Teilzeitarbeit die geringfügige und die befristete Beschäftigung sowie die Zeitarbeit (Statistisches Bundesamt, 2013).

**147.** Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt deuten am aktuellen Rand auf eine nach wie vor **stabile Arbeitsnachfrage** der Unternehmen hin. Im Vergleich zu ihren Höchstständen im Jahr 2011 liegen zwar beispielsweise das ifo Beschäftigungsbarometer, die Beschäftigungsabsichten laut DIHK-Konjunkturumfrage und der BA-X-Stellenindex im Herbst 2013 auf niedrigeren Niveaus, signalisieren im längerfristigen Vergleich aber noch eine deutliche Einstellungsbereitschaft. Ein ähnliches Bild zeichnete die Erhebung zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im dritten Quartal 2013: Mit 868 000 Stellenangeboten am ersten Arbeitsmarkt lag die so gemessene Arbeitsnachfrage in etwa auf dem Niveau des Vorjahresquartals.

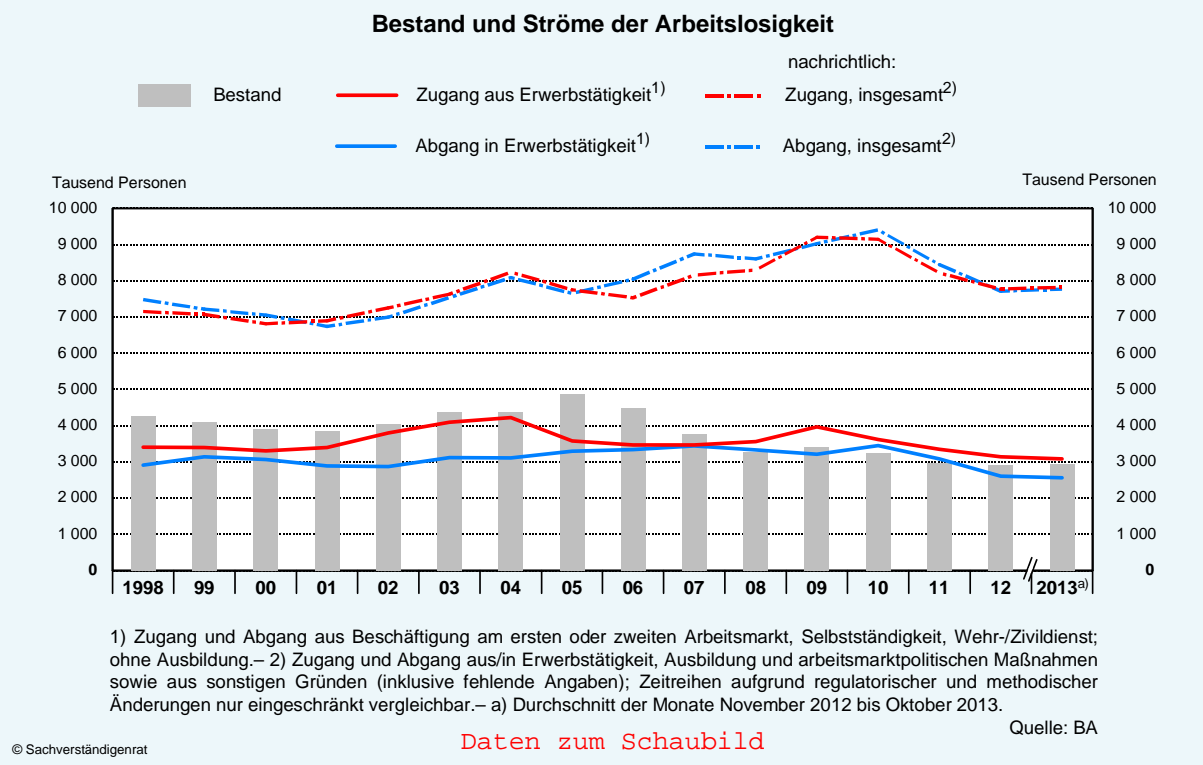
**148.** Der trendmäßige Anstieg der Teilzeitbeschäftigung dämpft die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Beschäftigten. Nach Berechnungen des IAB wird dieser Effekt jedoch im Jahr 2014 durch andere Faktoren überkompensiert. Dazu gehören beispielsweise Überstunden und die Salden der Arbeitszeitkonten, die im Zuge der konjunkturellen Belegung anwachsen dürften (Fuchs et al., 2012). Das gesamtwirtschaftliche **Arbeitsvolumen** wird voraussichtlich im Jahr 2013 um 0,3 % und im Jahr 2014 um 0,7 % gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ansteigen. Für die **Arbeitsproduktivität** auf Stundenbasis ergeben sich daraus für die Jahre 2013 und 2014 Zuwächse von 0,1 % beziehungsweise 0,9 %.

**149.** Die **Tariflohnsteigerungen** in diesem und dem folgenden Jahr dürften in einer ähnlichen Größenordnung liegen wie die des Jahres 2012. Auf Basis der schon feststehenden Tarifabschlüsse (Bispinck und WSI-Tarifarchiv, 2012) geht der Sachverständigenrat von Zuwächsen um jeweils 2,7 % in den Jahren 2013 und 2014 aus. Da sich die Effektivverdienste je Arbeitnehmerstunde voraussichtlich im gleichen prozentualen Umfang entwickeln werden, ergibt sich für beide Jahre jeweils eine Lohndrift von nahe Null. Die inländischen **Lohnstückkosten**, welche die Veränderung der Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität darstellen, dürften sich, bezogen auf die Arbeitsproduktivität je Arbeitnehmer, in den Jahren 2013 und 2014 um 2,4 % beziehungsweise 1,5 % erhöhen.

**150.** Die Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials und damit der Erwerbstätigkeit wird aktuell durch einen starken Zuzug von erwerbsfähigen Personen aus dem Ausland, insbesondere aus Ost- und Südeuropa gestützt (Kasten 17). Aufgrund des demografischen Wandels sinkt das **Erwerbspersonenpotenzial** in Deutschland zwar tendenziell. Dies wird in den Jahren 2013 und 2014 aber durch eine deutlich positive Nettozuwanderung und steigende Erwerbstätigkeitsquoten von Frauen und älteren Erwerbspersonen überkompensiert. Nach Schätzung des IAB wird das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2014 bei rund 45,5 Millionen Personen liegen, was einem Anstieg gegenüber dem Jahr 2008 um etwa 750 000 Personen entspricht (Fuchs et al., 2012).

**151.** Trotz der positiven Beschäftigungsentwicklung **stagniert die registrierte Arbeitslosigkeit** seit dem Jahr 2011 bei knapp unter 3 Millionen Personen. Dass die Arbeitslosigkeit nicht mehr sinkt, liegt also nicht zuvorderst daran, dass mehr Personen arbeitslos werden. Vielmehr ist seit dem Jahr 2010 zu beobachten, dass weniger Arbeitslose in die Erwerbstätigkeit übergehen. (Schaubild 34). Der Hauptgrund hierfür ist wohl darin zu sehen, dass sich die Arbeitslosigkeit mehr und mehr auf einen Kern verfestigter Arbeitslosigkeit konzentriert. Darauf deuten die Indikatoren zur Struktur der Arbeitslosigkeit hin: Die Langzeitarbeitslosenquote ist von 33,3 % im Jahr 2009 auf zuletzt 35,5 % im Durchschnitt der Monate November 2012 bis Oktober 2013 gestiegen. Der Anteil der registriert Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III ist zwar seit dem Frühjahr 2012 leicht größer geworden, insgesamt befinden sich allerdings über zwei Drittel der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II. Da diese Personen tendenziell weiter vom ersten Arbeitsmarkt entfernt sind, gestaltet sich der Abbau der Arbeitslosigkeit zunehmend schwieriger.

Schaubild 34



**152.** Zu den geringeren Abgangsraten aus Arbeitslosigkeit dürfte außerdem beigetragen haben, dass die Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit durch die aktive Arbeitsmarktpolitik (AAMP) in den vergangenen Jahren im Zuge der Neuausrichtung und Fokussierung von Maßnahmen der AAMP (Instrumentenreform) deutlich abgenommen hat. Der **Rückgang der Unterbeschäftigung** (ohne Kurzarbeit) nach BA-Konzept<sup>9</sup> belief sich im Zeitraum der Jahre 2009 bis 2012 auf etwas mehr als 1 Million Personen und fiel damit fast doppelt so stark aus wie der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit. Seit Beginn des zweiten Quartals 2012 bewegt sich die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) saisonbereinigt jedoch relativ konstant um 3,9 Millionen Personen. Im Prognosezeitraum wird die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) voraussichtlich etwas zurückgehen und im Jahresdurchschnitt 2014 leicht unter 3,9 Millionen Personen liegen.

### Öffentliche Finanzen: Weiterhin ausgeglichene Haushalte erreichbar

**153.** Im Hinblick auf die Entwicklung der öffentlichen Haushalte besteht derzeit angesichts der im Oktober 2013 noch nicht abgeschlossenen Regierungsbildung auf Bundesebene **erhebliche Unklarheit**. Es ist zwar wahrscheinlich, dass Maßnahmen ergriffen werden, die erheblichen Einfluss auf die Einnahme- und Ausgabenentwicklung haben werden. Zum Abschluss der Prognose lagen aber noch keine Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD vor. Die Prognose basiert daher auf der derzeit geltenden Rechtslage.

<sup>9</sup> Zur Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) nach BA-Konzept zählen neben den registriert Arbeitslosen diejenigen Personen, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen (beispielsweise berufliche Eingliederung oder Weiterbildung, Arbeitsgelegenheiten, Qualifizierungsmaßnahmen) oder einem arbeitsmarktbedingten Sonderstatus (beispielsweise vorruhestandsähnliche Regelungen oder kurzfristige Arbeitsunfähigkeit) unterliegen. Das Konzept wird laufend an Veränderungen beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente angepasst, zuletzt im März 2013 (BA 2013; JG 2011 Anhang IV A.).

**154.** Der Staat wird hiernach in den Jahren 2013 und 2014 voraussichtlich jeweils einen positiven Finanzierungssaldo aufweisen. Damit würden drei Jahre infolge Haushaltsüberschüsse erzielt. Der Schuldenstand wird nicht allein aus diesem Grund sinken. Es ist zudem damit zu rechnen, dass der Schuldenabbau bei den Abwicklungsanstalten voranschreitet. Die Schuldenstandsquote dürfte daher bis zum Ende des Jahres 2014 auf 75,0 % zurückgehen, nachdem sie im Jahr 2012 noch 81,0 % betragen hatte (Tabelle 12). Der Rückgang wird ebenfalls von den Zuwächsen des nominalen Bruttoinlandsprodukts unterstützt.

**155.** Die Einnahmen des Staates werden sich aller Voraussicht nach relativ moderat entwickeln und in den Jahren 2013 und 2014 mit Zuwachsraten von 2,6 % beziehungsweise 2,5 % steigen. Dahinter stehen allerdings unterschiedliche Entwicklungen bedeutender Teilkomponenten. Der erwartete Anstieg der **Steuereinnahmen** fällt in beiden Jahren jeweils überproportional aus. Hierzu tragen die Mehreinnahmen der Kalten Progression bei, die durch die zweistufige Anhebung des Grundfreibetrags nur unvollständig zurückgegeben werden (Zif-

Tabelle 12

**Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>1)</sup> sowie finanzpolitische Kennziffern**

	2012	2013 <sup>2)</sup>	2014 <sup>2)</sup>	2013 <sup>2)</sup>	2014 <sup>2)</sup>
	Mrd Euro			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
<b>Einnahmen</b> .....	<b>1 193,8</b>	<b>1 224,4</b>	<b>1 254,5</b>	<b>2,6</b>	<b>2,5</b>
davon:					
Steuern .....	617,7	639,4	657,2	3,5	2,8
Sozialbeiträge .....	448,9	459,3	468,0	2,3	1,9
sonstige <sup>3)</sup> .....	127,1	125,8	129,3	- 1,1	2,8
<b>Ausgaben</b> .....	<b>1 191,5</b>	<b>1 220,7</b>	<b>1 253,3</b>	<b>2,5</b>	<b>2,7</b>
davon:					
Vorleistungen .....	130,9	137,0	142,7	4,7	4,1
Arbeitnehmerentgelte .....	203,8	208,1	213,4	2,1	2,6
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen) ..	63,8	60,9	59,4	- 4,6	- 2,4
Subventionen .....	24,6	25,0	25,5	1,6	1,8
monetäre Sozialleistungen .....	430,3	440,3	451,6	2,3	2,6
soziale Sachleistungen .....	213,1	221,6	229,4	4,0	3,5
Bruttoinvestitionen .....	41,4	41,2	44,1	- 0,5	7,1
sonstige <sup>4)</sup> .....	83,6	86,6	87,3	x	x
<b>Finanzierungssaldo</b> .....	<b>2,3</b>	<b>3,8</b>	<b>1,2</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
<b>Finanzpolitische Kennziffern (%)<sup>5)</sup></b>					
Staatsquote <sup>6)</sup> .....	44,7	44,6	44,2	x	x
Steuerquote <sup>7)</sup> .....	23,6	23,8	23,4	x	x
Abgabenquote <sup>8)</sup> .....	39,4	39,5	39,0	x	x
Finanzierungssaldo .....	0,1	0,1	0,0	x	x
Schuldenstandsquote <sup>9)</sup> .....	81,0	78,3	75,0	x	x

1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (nominale Angaben). Gebietskörperschaften: Bund, Länder, Gemeinden, EU-Anteile, ERP-Sondervermögen, Kinderbetreuungsausbau, Fonds „Deutsche Einheit“, Vermögensentschädigungsfonds, Teile des Bundeseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds.– 2) Prognose des Sachverständigenrates.– 3) Verkäufe, empfangene sonstige Subventionen, empfangene Vermögenseinkommen, sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers.– 4) Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, geleistete sonstige Produktionsabgaben sowie Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern.– 5) Jeweils in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.– 6) Ausgaben.– 7) Steuern sowie Steuern an die EU.– 8) Steuern und Erbschaftsteuer, Steuern an die EU sowie tatsächliche Sozialbeiträge.– 9) Schulden des Staates (in der Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht).

**Daten zur Tabelle**

fer 669). Zum anderen stieg das Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern bis zum dritten Quartal dieses Jahres erneut kräftig an. Besonders die veranlagte Einkommensteuer, die überwiegend von Personengesellschaften, Einzelunternehmen und Selbstständigen entrichtet wird, verzeichnete im ersten Halbjahr einen überraschend starken Anstieg von mehr als 18 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Zuwächse bei den gewinnabhängigen Steuern gingen im Jahr 2013 bislang zunehmend auf Veranlagungen vorangegangener Jahre zurück.

Die Entwicklung im Jahr 2014 wird voraussichtlich schwächer verlaufen, wenn die Jahre des kräftigen Aufholprozesses nach der Rezession, die von besonders starken Gewinnzuwächsen geprägt waren, das Aufkommen nur noch in geringem Maße beeinflussen. Dies dürfte dazu beitragen, dass der Anstieg der Steuereinnahmen im Jahr 2014 mit 2,8 % hinter denjenigen des Jahres 2013 in Höhe von 3,5 % zurückfällt. In der Folge wird die Steuerquote leicht unter dem hohen Niveau des Jahres 2013 liegen, im langjährigen Vergleich allerdings weiterhin hoch bleiben.

**156.** Die **Sozialbeiträge** werden mit geringeren Raten zunehmen als die Steuereinnahmen. Dies ist wesentlich auf die Beitragssatzentwicklung zurückzuführen. Zum Jahresbeginn 2013 wurde der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung von 19,6 % auf 18,9 % gesenkt. Angesichts der geltenden Rechtslage und der weiterhin sehr guten finanziellen Entwicklung der Gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2013 müsste er für das Jahr 2014 ein weiteres Mal gesenkt werden. Für die Prognose wird ein Rückgang auf dann 18,4 % angenommen. Erhöhungen des Beitragssatzes bei der Sozialen Pflegeversicherung und des Umlagesatzes des Insolvenzgelds wirken im Jahr 2013 allerdings gegenläufig. Im Ergebnis werden die Sozialbeiträge im Jahr 2013 wohl um 2,3 % und im Jahr 2014 um 1,9 % ansteigen.

**157.** Die Ausgaben entwickeln sich im Jahr 2013 wohl weitgehend im Einklang mit dem Bruttoinlandsprodukt, sodass die **Staatsquote stabil** bleibt. Bei ähnlichem Ausgabenwachstum sinkt die Staatsquote im Jahr 2014 etwas, was auf die höhere Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen ist. Die Entwicklung der Staatsquote wird durch rückläufige Zinsausgaben abermals gebremst. Die Konsumausgaben des Staates werden in den Jahren 2013 und 2014 hingegen erneut kräftig mit Zuwachsraten von 3,8 % beziehungsweise 3,7 % zulegen. Neben steigenden Arbeitnehmerentgelten infolge von Tariflohnerhöhungen sind – wie bereits in der überwiegenden Anzahl der vergangenen Jahre – überproportional hohe Zuwachsraten bei den Ausgaben für soziale Sachleistungen zu erwarten. Letztere umfassen im Wesentlichen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen. Im Jahr 2013 hat die Abschaffung der Praxisgebühr einmalig das Ausgabenwachstum erhöht. Im Jahr 2014 sind höhere Arzthonorare zu erwarten. Die Ausgaben für Medikamente steigen nach Auslaufen des Zwangsrabatts zum Ende des Jahres 2013, der im Rahmen des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes befristet eingeführt wurde, wohl deutlich an.

**158.** Die monetären Sozialleistungen werden in hohem Maße von den **Leistungen bei Arbeitslosigkeit** und von den Rentenausgaben beeinflusst. Für das Jahr 2013 ist zu erwarten, dass sich die Anzahl der Arbeitslosen gegenüber dem Jahr 2012 erhöht. Im Jahr 2014 dürfte diese zwar etwa konstant bleiben, allerdings legen die erwarteten Ausgaben zu, da je Arbeits-

losen höhere Leistungen gezahlt werden dürften. Ursächlich ist unter anderem die Erhöhung des Regelsatzes beim Arbeitslosengeld II zum 1. Januar 2014 von monatlich 382 Euro auf 391 Euro. Zum anderen dienen die Löhne, die ebenfalls ansteigen dürften, als Bezugsgröße für das Arbeitslosengeld.

**159.** Die **Ausgaben der Gesetzlichen Rentenversicherung** werden sich aller Voraussicht nach nur mit einer verhältnismäßig niedrigen Rate entwickeln. Angesichts der stabilen Arbeitsmarktlage und steigender Löhne hätte eine recht kräftige Anpassung erwartet werden können. Allerdings haben Besonderheiten in der Rentenformel zu einer geringeren Anpassung in Westdeutschland geführt. Die Rentenanpassung zur Jahresmitte 2013 betrug hier daher lediglich 0,25 % gegenüber 3,29 % in Ostdeutschland. Bei der kommenden Rentenanpassung Mitte des Jahres 2014 ist bezogen auf das gesamte Bundesgebiet mit einer höheren Rentenanpassung zu rechnen.

**160.** Die **Subventionen** in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in Höhe von etwa 25 Mrd Euro werden in den Jahren 2013 und 2014 wohl mit einer Rate von 1,6 % beziehungsweise 1,8 % ansteigen. Zu berücksichtigen ist allerdings insbesondere, dass die Zahlungen im Rahmen des EEG in den VGR nicht erfasst werden. Die Deckungslücke zwischen den Erlösen – überwiegend aus Vermarktung des Stroms aus erneuerbaren Energien – und den Kosten beläuft sich nach offizieller Prognose der Netzbetreiber im Jahr 2014 auf reichlich 19 Mrd Euro. Sie ist in den letzten Jahren rasant gestiegen (Ziffern 785 f.). Die Konsequenz der Nichterfassung der EEG-Vergütungen besteht darin, dass die Einnahmen aus der EEG-Umlage trotz ihres steuerähnlichen Charakters ebenfalls nicht zu den Steuereinnahmen gezählt werden. Hierdurch wird die Steuerquote um etwa 0,7 Prozentpunkte unterzeichnet.

**161.** Die **öffentlichen Bruttoinvestitionen** werden wegen der witterungsbedingt sehr schwachen Entwicklung des öffentlichen Baus im ersten Quartal des Jahres 2013 im Jahresdurchschnitt eine negative Zuwachsrate aufweisen. Insgesamt waren sie bereits im Jahr 2012, nach den erhöhten Niveaus infolge der Konjunkturprogramme, deutlich zurückgegangen. Mehrausgaben sind für die Instandsetzung der Infrastruktur in den vom Hochwasser des Frühsommers betroffenen Gebieten erforderlich. Für die Bruttoinvestitionen im Jahr 2014 ist daher mit einer recht hohen Zuwachsrate von 7,1 % zu rechnen.



Tabelle 13

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2011	2012	2013 <sup>1)</sup>	2014 <sup>1)</sup>
<b>Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt</b>				
Konsumausgaben .....	2,0	0,8	1,0	1,3
Private Konsumausgaben <sup>2)</sup> .....	2,3	0,8	1,0	1,4
Konsumausgaben des Staates .....	1,0	1,0	0,9	1,1
Bruttoanlageinvestitionen .....	6,9	- 2,1	- 0,9	4,9
Ausrüstungsinvestitionen .....	5,8	- 4,0	- 2,6	6,2
Bauinvestitionen .....	7,8	- 1,4	- 0,2	4,1
Sonstige Anlagen .....	5,1	3,4	3,0	4,7
Vorratsveränderungen (Wachstumsbeitrag) <sup>3)4)</sup> .....	- 0,1	- 0,5	0,1	0,0
Inländische Verwendung .....	2,8	- 0,3	0,8	2,0
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag) <sup>3)</sup> .....	0,7	0,9	- 0,3	- 0,2
Exporte .....	8,0	3,2	0,2	5,2
Importe .....	7,4	1,4	1,0	6,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b> .....	<b>3,3</b>	<b>0,7</b>	<b>0,4</b>	<b>1,6</b>
<b>Verwendung des Inlandsprodukts, in jeweiligen Preisen</b>				
Konsumausgaben .....	3,9	2,5	2,6	3,8
Private Konsumausgaben <sup>2)</sup> .....	4,4	2,4	2,6	3,1
Konsumausgaben des Staates .....	2,5	3,0	3,8	3,7
Bruttoanlageinvestitionen .....	8,8	- 0,6	0,3	6,3
Ausrüstungsinvestitionen .....	6,2	- 3,4	- 2,1	6,7
Bauinvestitionen .....	11,1	1,1	1,6	6,3
Sonstige Anlagen .....	4,5	2,6	2,2	3,9
Inländische Verwendung .....	5,1	1,4	2,6	3,8
Exporte .....	11,2	4,5	- 0,1	5,5
Importe .....	13,1	3,1	- 0,4	6,4
<b>Bruttoinlandsprodukt</b> .....	<b>4,6</b>	<b>2,2</b>	<b>2,6</b>	<b>3,5</b>
<b>Preisentwicklung (Deflatoren)</b>				
Konsumausgaben .....	1,9	1,7	1,9	1,9
Private Konsumausgaben <sup>2)</sup> .....	2,1	1,6	1,7	1,7
Konsumausgaben des Staates .....	1,5	2,0	2,8	2,6
Inländische Verwendung .....	2,2	1,7	1,8	1,8
Terms of Trade .....	- 2,3	- 0,4	1,0	0,2
Exporte .....	2,9	1,3	- 0,4	0,3
Importe .....	5,3	1,7	- 1,4	0,1
Bruttoinlandsprodukt .....	1,2	1,5	2,2	1,9
<b>Entstehung des Inlandsprodukts</b>				
Erwerbstätige (Inland) .....	1,4	1,1	0,6	0,6
Arbeitsvolumen .....	1,5	0,2	0,3	0,7
Produktivität (Stundenbasis) .....	1,8	0,5	0,1	0,9
<b>Verteilung des Volkseinkommens</b>				
Volkseinkommen .....	4,7	2,1	2,8	3,8
Arbeitnehmerentgelte .....	4,4	3,9	2,9	3,1
Bruttolöhne und -gehälter .....	4,7	4,2	3,2	3,4
darunter: Nettoarbeitnehmerentgelte <sup>5)</sup> .....	3,8	3,9	2,9	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen .....	5,3	- 1,4	2,4	5,2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte <sup>2)</sup> .....	3,8	2,3	2,3	3,4
Sparquote der privaten Haushalte <sup>2)6)</sup> .....	10,4	10,3	10,1	10,2
nachrichtlich:				
Lohnstückkosten <sup>7)</sup> (Inlandskonzept) .....	1,0	3,1	2,4	1,5
Verbraucherpreise .....	2,1	2,0	1,5	1,9

1) Prognose des Sachverständigenrates.– 2) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.– 3) In Prozentpunkten.– 4) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.– 5) Arbeitnehmerentgelte abzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie Sozialbeiträge und Lohnsteuer der Arbeitnehmer.– 6) Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.– 7) Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigen.

Daten zur Tabelle

## Literatur zum Kapitel

- BA (2013), Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, *Monatsbericht* September 2013, Bundesagentur für Arbeit.
- Bachmann, R., S. Elstner und E.R. Sims (2013), Uncertainty and economic activity: Evidence from business survey data, *American Economic Journal: Macroeconomics* 5, 217-249.
- Baker, S.R., N. Bloom und S.J. Davis (2013), *Measuring economic policy uncertainty*, Arbeitspapier, University of Chicago und Stanford University.
- Bertat, T. et al. (2013), *Neue Erhebungsinhalte „Arbeitszeit“, „ausgeübte Tätigkeit“ sowie „Schul- und Berufsabschluss“ in der Beschäftigungsstatistik*, Methodenbericht, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.
- Bispinck, R. (2013), *Tariffpolitischer Halbjahresbericht – Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2013*, WSI Mitteilungen 6/2013, Düsseldorf.
- Bloom, N., M. Floetotto, N. Jaimovich, I. Saporta-Eksten und S.J. Terry (2012), *Really uncertain business cycles*, NBER Working Paper 18245, Cambridge.
- Caliendo, M. und J. Hogenacker (2012), The German labor market after the Great Recession: Successful reforms and future challenges, *IZA Journal of European Labor Studies* 1:3, 1-24.
- Carstensen, K., S. Elstner und G. Paula (2013) How much did oil market developments contribute to the 2009 recession in Germany?, *The Scandinavian Journal of Economics* 115, 695-721.
- Christiano, L.J., R. Motto und M. Rostagno (2013), Risk shocks, *American Economic Review*, im Erscheinen.
- Döhrn, R. und C.M. Schmidt (2011), Information or institution? On the determinants of forecast accuracy, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 231, 9-27.
- Fahr, R. und U. Sunde (2009), Did the Hartz reforms speed-up the matching process? A macro-evaluation using empirical matching functions, *German Economic Review* 10, 284-316.
- Fuchs, J. et al. (2013), *IAB-Prognose 2013/2014: Arbeitslosigkeit sinkt trotz Beschäftigungsrekord nur wenig*, IAB-Kurzbericht 18/2013, Nürnberg.
- Gilchrist, S., J. Sim und E. Zakrajsek (2010), *Uncertainty, credit spreads and aggregate investment*, Boston University, mimeo.
- Hertweck, M.S. und O. Sigrist (2013), *The aggregate effects of the Hartz reforms in Germany*, SOEPPapers 532, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- IWF (2013), *Germany: 2013 Article IV consultation*, IMF Country Report No. 13/255, Internationaler Währungsfonds, Washington, DC.
- Kilian, L. (2009), Not all oil price shocks are alike: Disentangling demand and supply shocks in the crude oil market, *American Economic Review* 99, 1053-69.
- Klinger, S., T. Rothe und E. Weber (2013a), *Makroökonomische Perspektive auf die Hartz-Reformen: Die Vorteile überwiegen*, IAB-Kurzbericht 11/2013, Nürnberg.
- Klinger, S., H. Bonin, G. A. Horn, A. Herzog-Stein, D. Ehing und B. Raffelhüschen (2013b), *Zeitgespräch: Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau – Ergebnis richtiger Arbeitsmarktpolitik?*, *Wirtschaftsdienst* 93, 143-158.
- McKenzie, R. und Z. Adam (2007), *Revisions in quarterly GDP of OECD countries: An update*, Konferenzpapier, Working Party of National Accounts, Paris, Oktober 2007.
- Meese, R.A. und K.S. Rogoff (1983), Empirical exchange rate models of the seventies: Do they fit out of sample?, *Journal of International Economics* 14, 3-24.



- Osterloh, S. (2008), Accuracy and properties of German business cycle forecasts, *Applied Economics Quarterly* 54, 27-57.
- Panousi, V. und D. Papanikolaou (2012), Investment, idiosyncratic risk, and ownership, *Journal of Finance* 67, 1113-1148.
- Sarno, L. und M.P. Taylor (2002), Purchasing power parity and the real exchange rate, *IMF Staff Papers* 49, 65-105.
- Statistisches Bundesamt (2013), *Atypische Beschäftigung sinkt 2012 bei insgesamt steigender Erwerbstätigkeit*, Pressemitteilung Nr. 285, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 28. August.

